

# ARBEITERWOHLFAHRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAUPTAUSSCHUSS  
FÜR ARBEITERWOHLFAHRT

JAHRG. 15. DEZEMBER 1932 24. HEFT

## Vordringliche Reform der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge.

Von Dr. Bruno Broecker.

Krankenversorgung und Versicherungsan-  
wartschaften der Wohlfahrtserwerbslosen.

Durch das Gutachten der Reichsanstalt über die Durchführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung, das im vorigen Heft eingehend besprochen wurde, ist erneut das Verhältnis der öffentlichen Fürsorge zur eigentlichen Arbeitslosenfürsorge in den Vordergrund der Diskussion gerückt worden. Ist doch dies Gutachten nur als eine Etappe in der großen Auseinandersetzung anzusehen, die zwischen der Reichsanstalt und den Kommunen um ein sozialpolitisches Aufgabengebiet von größter Bedeutung geführt wird, wobei auf Seiten der Reichsanstalt die Parole einheitlicher Massenversorgung nach Reichsgrundsätzen, und auf Seiten der Gemeinden jene der individuellen fürsorgelichen Betreuung maßgebend ist. Die Entscheidung, die hier zu treffen ist, kann sich nun aber in ihrem Grundsatz nicht nur auf die Empfänger von sogenannter versicherungsmäßiger Arbeitslosenunterstützung und von Krisenunterstützung beziehen, sondern sie beansprucht mindestens theoretisch die gleiche Geltung für den heute ja schon die größere Zahl aller Unterstützten umfassenden Kreis der Wohlfahrtserwerbslosen. Das Schicksal dieser 2,2 Millionen (nach der Zählung der Bezirksfürsorgeverbände dürften es sogar noch 400 000 mehr sein) verlangt selbstverständlich nicht geringeres Interesse als jenes der kurzfristigen Erwerbslosen. Darum haben die Gewerkschaften beispielsweise erst neuerdings, gerade auch im Zusammenhang mit ihrer Stellungnahme zum Gutachten der Reichsanstalt, neben ihrer Forderung nach Ausdehnung des Versicherungsanspruchs und Ausschaltung der gemeindlichen Hilfsbedürftigkeitsprüfung auch wiederum die Zusammenfassung von Krisenfürsorge und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge zu einer ein-

heitlichen, von der Reichsanstalt durchzuführenden Arbeitslosenfürsorge verlangt<sup>1)</sup>).

Jedoch kann kein Zweifel bestehen, daß die Verwirklichung dieser Forderung, etwa im Sinne des früheren Antrags der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, augenblicklich nicht allzu aussichtsreich erscheint. Abgesehen von dem Argument der durch eine solche Neuregelung eintretenden Gesamtverteuerung, eine Behauptung, die uns heute allerdings nicht mehr beweiskräftig und durchschlagend erscheint, bleibt der Einwand bestehen, daß ein solches nach anderen Bemessungsgrundlagen aufgebautes Unterstützungssystem neben der öffentlichen Fürsorge zu zahlreichen Ueberschneidungen, vor allem auch zur Zahlung von Zusatzunterstützung führen müsse, und daß darum eine einwandfreie Trennung dieser Arbeitslosenfürsorge von der öffentlichen Fürsorge praktisch nicht möglich sei.

Es sei an dieser Stelle darauf verzichtet, die Anfechtbarkeit auch dieser letzteren Einwände im einzelnen zu begründen; denn selbst bei Weiterbestehen des gegenwärtigen Zustandes der Dreiteilung ergeben sich im Rahmen der von den Gemeinden durchgeführten Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge vordringliche Tagesforderungen, deren Verwirklichung bereits eine gewisse Erleichterung des Loses der Wohlfahrtserwerbslosen bedeuten würde, und die darum hier vorangestellt seien. Dabei müssen zwei Maßnahmen in erster Linie genannt werden, erstens nämlich eine einheitliche Regelung der Krankenversorgung der Wohlfahrtserwerbslosen und zweitens eine einheitliche Gewährleistung ihrer erworbenen Anwartschaften gegenüber der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherung.

Das erste Problem ist das in seiner sozialen Auswirkung bedeutungsvollste. Für die Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung ist dies Problem in, wie wir glauben möchten, zweckmäßiger Weise gelöst. Die auf Kosten der Versicherung bzw. der Krisenfürsorge vorzunehmende Zwangsversicherung bei der zuständigen Krankenkasse gewährleistet dem Unterstützungsempfänger ebenso wie seinen Familienangehörigen während der Dauer der Unterstützung die Regelleistungen der Kasse im gleichen Umfang wie Beschäftigten. Das Krankengeld stellt jeweilig den vollen Ersatz der ausfallenden Unterstützungen dar. Anders liegt es bei den Wohlfahrtserwerbslosen, für die die unterschiedlichsten, leider meistens aber sehr wenig befriedigenden Regelungen bestehen. Die Einrichtungen, die den Fürsorgeverbänden zur Versorgung der Kranken von früher her zur Verfügung standen, konnten dem Massenandrang der Wohlfahrtserwerbslosen nach keiner Richtung hin gerecht werden. Mit dem System der Bezirksärzte und beamteter Aerzte kann man die Krankenfürsorge für eine beschränkte Zahl von hilfsbedürftigen Personen, aber nicht für 2 bis 2½ Mil-

<sup>1)</sup> Dr. Broecker: „Wiederaufbau der Sozialpolitik.“ III. „Gewerkschaftszeitung“ Seite 741.

tionen Arbeitslose durchführen, abgesehen davon, daß die Ausschaltung der freien Arztwahl stets eine Benachteiligung bedeutet. Die Lösungen, die die Fürsorgeverbände bisher gesucht haben, sind zweifellos unzureichend. Sie sind es deshalb, weil auch in dieser Frage, ähnlich wie bei der Arbeitslosenunterstützung selbst, die Gemeinden sich nicht entschließen können, anzuerkennen, daß das, was sich bei Empfängern von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung als zweckentsprechend erwiesen hat, für die Wohlfahrtserwerbslosen gleichfalls als geeignete Lösung anerkannt werden muß. Am nächsten hätte es gelegen, die im § 363a der Reichsversicherungsordnung gegebene Möglichkeit auszuschöpfen, die es den Krankenkassen durch Satzung erlaubt, für nicht der Erwerbslosenfürsorge unterstehende Erwerbslose oder Ausgesteuerte die Krankenpflege zu übernehmen, sofern der Kasse Ersatz der vollen Aufwendungen für den Einzelfall sowie eines angemessenen Teils ihrer Verwaltungskosten gewährleistet wird. Von dieser Möglichkeit ist bisher nur in bescheidenem Umfang Gebrauch gemacht worden. In dem sehr instruktiven Referat, das der Geschäftsführer Riedel auf der diesjährigen Würzburger Vertreterversammlung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen über die Krankenversorgung der Erwerbslosen hielt, wurde erwähnt, daß von den im Hauptverband organisierten Kassen damals im August 1932 nur 87 mit 825 943 Mitgliedern mit den Fürsorgeverbänden die Krankenpflege für Hilfsbedürftige vereinbart hatten und daß 64 Kassen mit 272 884 Mitgliedern mit den Bezirksfürsorgeverbänden die Uebernahme der Kosten für die Weiterversicherung vereinbart hatten. Andere Gemeinden wieder haben den Weg unmittelbarer Vereinbarung mit den Ärzten gewählt, so die Stadt Berlin, die die Krankenversorgung der Wohlfahrtserwerbslosen durch ein Pauschalabkommen mit dem Groß-Berliner Ärztenbund geregelt hat. Dies Abkommen ähnelt der kassenärztlichen Versorgung, aber es verrät andererseits den Wunsch der Gemeinden, das eigentliche kassenärztliche System zu vermeiden. So hat denn die vom Hauptverband der Krankenkassen aufgestellte Forderung, den § 363a der Reichsversicherungsordnung in stärkerem Maße anzuwenden, bisher noch nicht allzuviel Erfolg zeitigen können. Einmal wird von den Gemeinden auch hier die drohende Verteuerung der Krankenversorgung eingewendet. Dem sind zunächst einmal die bei Anwendung des § 363a Reichsversicherungsordnung bisher gemachten Erfahrungen entgegenzuhalten, und es ist darauf hinzuweisen, daß auch die Krankenkassen den Standpunkt vertreten, daß das Arztpauschale bei der Anwendung des § 363a der Reichsversicherungsordnung um mindestens 30 Proz. niedriger sein müsse, als das Pauschale für die Kassenmitglieder<sup>2)</sup>. Solcher Herabsetzung muß man aber sogar

<sup>2)</sup> Vergl. Leitsätze über das Referat „Die Krankenversorgung der Erwerbslosen“. (Bericht über die zweite Vertreterversammlung des Hauptverbandes am 7. August 1932.)

mit einigen Bedenken gegenüberstehen, denn die vom damaligen Referenten aufgestellte Forderung, daß eine solche Verringerung der Vergütung keine geringwertige Behandlung zur Folge haben dürfe, daß die Behandlung keine Armenbehandlung werden dürfe, die von vornherein das Odium des Minderwertigen an sich trägt, setzt ein starkes Vertrauen in die Ärzteschaft voraus. Wir sind darum der Meinung, daß die Anwendung des § 363a der Reichsversicherungsordnung nur ein Aushilfsmittel sein kann und daß als gesunde und dauernde Regelung nur eine solche in Betracht kommen darf, wie sie für die Alu- und Kruempflänger besteht, d. h. es wäre die Krankenversicherung der Wohlfahrtserwerbslosen unter Zahlung von Beiträgen, die pauschal bemessen sein könnten, bei den Krankenkassen durchzuführen, unter Beschränkung auf ärztliche Hilfe und Medikamente, da bei weiterlaufender Wohlfahrtsunterstützung eine Gewährung von Krankengeld außer Betracht bleiben kann, eine Regelung, die selbstverständlich bei der Bemessung der Beiträge in Betracht zu ziehen wäre. Die Kosten, die grundsätzlich von den Gemeinden übernommen werden müßten, wären selbstverständlich beim Einsatz der Wohlfahrtshilfe des Reichs zu berücksichtigen. Für eine solche Regelung hat sich in letzter Zeit auch in einem sehr überzeugenden Aufsatz Dr. C. Haedenkamp-Berlin eingesetzt.<sup>\*)</sup>

Die Gegnerschaft gegen eine solche Regelung entstammt aber keineswegs allein finanziellen Bedenken. Es sind vielmehr, ähnlich wie bei der Unterstützung der Arbeitslosen, wiederum fürsorglerische Prinzipien, die neuerdings insbesondere vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge gegen eine Herausnahme der Krankenversorgung der Wohlfahrtserwerbslosen aus der allgemeinen Fürsorge ins Feld geführt werden. Wiederum wird die Fiktion aufgestellt, daß eine individuelle Betreuung der Arbeitslosen, die auch eine individuelle Behandlung des Krankenfalles notwendig mache, bei einem Massennotstand, wie ihn die gegenwärtige Arbeitslosigkeit darstellt, möglich sei. Wiederum wird verkannt, daß die Wohlfahrtserwerbslosen nicht Gegenstand individueller Fürsorge sein können und wollen, sondern daß ihnen jene Versorgung gemäß ist, die die Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge für ihre Unterstützten längst durchgeführt hat. Daß damit gleichzeitig der Versicherungsradius der Krankenversicherung beträchtlich eingeschränkt und wiederum das schwer erkämpfte Sozialversicherungsprinzip durch das für eine Versorgung von Arbeitnehmern ungeeignete Fürsorgeprinzip ersetzt wird, will man augenscheinlich in jenen Kreisen nicht anerkennen, die der Entwicklung der modernen Sozialpolitik, so wie sie gerade von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften vorwärtsgetrieben wurde, nicht gefolgt sind.

<sup>\*)</sup> Die ärztliche Versorgung der Erwerbslosen. „Soziale Praxis“ Seite 1403 ff.

Wir hoffen trotzdem, daß das systemlose Durcheinander, das überall ausschließlich zu Lasten der Wohlfahrtserwerbslosen noch aufrechterhalten wird, bald einer einheitlichen Regelung in unserem Sinne Platz machen wird, wenn nicht unsere größere Hoffnung sich erfüllt, daß die gesamte Versorgung der außerhalb der Versicherung stehenden Arbeitslosen in einer einheitlichen, nach sozialpolitischen, nicht nach fürsorgerischen Grundsätzen aufgebauten Arbeitslosenfürsorge stabilisiert wird.

Weniger problematisch liegt die Frage der Aufrechterhaltung der Anwartschaften der Wohlfahrtserwerbslosen in der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherung. Auch hier ist für die Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung eine einheitliche Regelung insoweit geschaffen, als das Arbeitslosenversicherungsgesetz bestimmt, daß aus Mitteln der Reichsanstalt bzw. der Krisenfürsorge für die Zeit des Bezugs der Hauptunterstützung die Anerkennungsgebühren zu entrichten sind, die zur Erhaltung der Anwartschaften in den genannten Versicherungen notwendig sind. Außerdem ist dort noch vorgesehen, daß in Fällen besonderer Härte, insbesondere wenn zur Erfüllung der Wartezeit nur noch eine geringe Zahl von Beiträgen erforderlich ist, das Arbeitsamt verpflichtet ist, auf Antrag die erforderlichen Beiträge zu leisten. Im letzteren Falle handelt es sich also um eine reguläre Weiterversicherung.

Für die Wohlfahrtserwerbslosen besteht eine gleiche Regelung nicht, so daß hier der Verlust der Anwartschaften in sehr vielen Fällen eintritt. Augenblicklich ist es so, daß meist nur bei den älteren Wohlfahrtserwerbslosen, die schon der zum Bezug der Rente berechtigenden Altersgrenze entgegengehen, die notwendigen Beiträge geleistet werden, weil in diesen Fällen bei den Gemeinden das Interesse späterer eigener Entlastung mitspricht. Für die große Zahl der jüngeren Wohlfahrtserwerbslosen fehlen aber alle Garantien, ebenso wie es ihnen andererseits in der Mehrzahl der Fälle kaum möglich sein dürfte, aus eigenen Mitteln die Beiträge aufzubringen. Um diesen Zustand zu ändern, gäbe es zwei Wege. Der eine wäre der, daß die Wohlfahrtserwerbslosen von der Zahlung der Anerkennungsgebühren durch Gesetz überhaupt entbunden werden, daß also die Arbeitslosigkeit der Ausgesteuerten als Ersatztatsache zur Aufrechterhaltung der Anwartschaften anerkannt würde. Zweifellos würden die Gemeinden mit einer solchen Lösung, die ihnen ja keinerlei finanzielle Belastung auferlegen würde, einverstanden sein. Gegen eine solche Regelung sprechen allerdings die finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich mindestens die Invalidenversicherung und die knappschaftliche Pensionsversicherung befinden. Stellen auch die Anerkennungsgebühren keine erhebliche Einnahme dar (die Invalidenversicherung verlangt beispielsweise nur 20 Wochenbeiträge innerhalb von zwei Jahren), so muß doch die grundsätzliche Frage aufgeworfen werden, ob einer notleidenden Ver-

sicherung der Verzicht auch auf eine geringe Beitragsleistung zugemutet werden kann, wenn es sich zahlenmäßig dabei um Millionen von Versicherten handelt.

Der andere Weg, der uns als der zweckmäßigere erscheint, wäre eine Regelung entsprechend der in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge geltenden. Fürsorgerische Einwände scheiden hier aus, und es bleiben allenfalls die finanziellen. Aber auch hier kann nur wieder betont werden, daß selbstverständlich niemand den Gemeinden untragbare Belastungen auferlegen will, sondern daß es die unabweisliche Pflicht des Reiches ist, bei der Festsetzung der Wohlfahrtshilfe auch diese Verpflichtungen mit in Ansatz zu bringen. Gerade in einem Zeitpunkt, in dem das Reich die Sanierung der Invalidenversicherung und der Knappschaftsversicherung ohnedies nur mit Hilfe von Reichsmitteln durchführen kann, bleibt letzten Endes bei der Wahl zwischen den beiden hier geschilderten Möglichkeiten nur die Frage offen, ob der Zuschuß an die Invaliden- oder Knappschaftsversicherung oder der Zuschuß an die Gemeinden erhöht werden soll.

Mit den hier behandelten Fragen sind die besonderen Gefahren, denen die arbeitslosen Arbeitnehmer in der ihnen unangemessenen Versorgung durch die öffentliche Fürsorge ausgesetzt sind, nicht erschöpfend behandelt. Als ein weiteres Gefahrenmoment sei hier nur noch die in der öffentlichen Fürsorge bestehende Erstattungspflicht erwähnt. Daß auch diese der öffentlichen Fürsorge vielleicht gemäße Verpflichtung für die Wohlfahrtserwerbslosen eine untragbare Auflage bedeutet, soll in einer besonderen Darstellung nachgewiesen werden.

(Abschnitt II folgt)

## Ein Beitrag zur Problematik des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Von G. Binder, Bielefeld.

### I.

In der deutschen Öffentlichkeit herrscht Hochstimmung: zugunsten des freiwilligen Arbeitsdienstes (FAD). Tageszeitungen, Vereinsorgane und Fachzeitschriften überbieten sich in Empfehlungen des FAD., der geradezu als das Allheilmittel gepriesen wird, das uns aus der Gegenwartskrise heraushelfen soll. Die Vereinsleiter sehen im FAD. Möglichkeiten zur Wiederbefestigung ihrer durch die Wirtschaftskrise bedrohten Organisationen, Anhänger einer „nationalen“ Pädagogik und des Wehrsports sehen bereits am Ziel ihrer Wünsche, lassen sich doch mit dem FAD. nicht nur Geländeübungen verbinden, sondern auch Unterrichtsmethoden wie seinerzeit bei der Jugendwehr seligen Angedenkens. Der FAD. wird als das Erziehungsmittel empfohlen<sup>1)</sup>, das die

<sup>1)</sup> Siehe auch Seite 759.

deutsche Jugend einigen soll. In der Wirklichkeit sieht die Sache allerdings anders aus, jede Gruppe und jede Richtung versucht ihre eigenen Wünsche und Ziele zu verwirklichen.

Angesichts der vielseitigen lauten Zustimmung zur Durchführung des FAD. ist es fast vermessen, Bedenken zu äußern oder kritische Betrachtungen anzustellen. Den Gewerkschaften und bestimmten Unternehmergruppen hat man es sehr verübelt, daß sie nicht mit fliegenden Fahnen ins Lager der Propagandisten des FAD. eingeschwenkt sind, daß sie starke und berechtigte Bedenken sozialpolitischer und wirtschaftlicher Art geltend machten. Und trotzdem wird man gerade, wenn man den FAD. bejaht, auch seine Problematik aufzeigen müssen, wird man neben den guten auch die Schattenseiten sehen müssen. Nur so gewinnen wir ein objektives Bild und nur dann werden wir verhüten, daß mit dem FAD. Ziele verfolgt werden, die wir, weil wirtschaftlich, politisch und erzieherisch rückschrittlich, ablehnen müssen. Wir bejahen den FAD., wenn er seinen wirklichen Zwecken und Zielen dient, weil gerade wir wollen, daß die arbeitslose Jugend aus der Tatenlosigkeit, Dumpfheit und Verzweiflung herausgeführt wird, weil gerade wir der Jugend den Glauben an die Zukunft erhalten oder wiedergeben wollen.

## II.

Die unentwegten Propagandisten glauben, der FAD. habe jede Problematik bereits überwunden. Sie verkünden laut: Der FAD. marschiert! Er hat eine ungeahnte Aufwärtsentwicklung genommen! Die Jugend strömt ihm zu, sie sieht im FAD. die Erlösung! Gewiß sind in verhältnismäßig kurzer Zeit nunmehr annähernd 200 000 Jugendliche im FAD. tätig und Zehntausende mußten zurückgestellt und auf später getröstet werden. Mit diesem Erfolg des FAD. kommt zweierlei zum Ausdruck: Der starke lebendige Wille der Jugend, die Tatenlosigkeit zu überwinden, und der Wille der derzeitigen Regierungsmächte, wenigstens auf einem Gebiet einen sichtbaren Erfolg zu erzielen, der sowohl wirtschaftlich wie ideologisch für die Staatsidee der „autoritären Regierung“ ausgewertet werden kann. Tatsächlich erfaßt der FAD. nur einen Bruchteil der arbeitslosen Jugend. Wir gehen nicht fehl, wenn wir die Zahl der Jugendlichen, die nach der Altersgrenze für den FAD. in Frage kämen, auf rund 1,2 Millionen beziffern. Es muß also noch viel geschehen, es müßten noch große Mittel bereitgestellt werden, wenn eine wirklich fühlbare Entlastung herbeigeführt werden soll. Was bisher erreicht ist, kann als seelische Entspannung bezeichnet und gewertet werden. Aber hier kommen wir schon zu der Frage: Kann der FAD. soweit ausgebaut werden, daß weitere hunderttausend Jugendliche aufgenommen werden können, ohne daß damit wichtige sozialpolitische und wirtschaftliche Interessen gefährdet werden? Gesetzt den Fall, die Reichsregierung kann die erforderlichen Mittel bereitstellen, um weitere zweihunderttausend Jugendliche im FAD.

zu beschäftigen — sind damit auch die zusätzlichen und volkswirtschaftlich wertvollen Arbeitsprojekte vorhanden? Denn auf die Kriterien „zusätzlich“ und „volkswirtschaftlich wertvoll“ kommt es doch an, wenn der FAD. sinnvoll durchgeführt werden soll. Wir sehen nicht ohne starke Bedenken, wie sich ältere Organisationen und noch mehr ad hoc gebildete auf Projekte stürzen, deren wirtschaftlicher Wert in vielen Fällen zum mindesten problematisch ist. Den Gemeinden macht man noch immer die heftigsten Vorwürfe, daß sie im Wege von Notstandsarbeiten Sport- und Spielplätze, öffentliche Anlagen und Erholungsstätten geschaffen haben. Die Kritiker, die vielfach gleich alles verneinen, sehen in diesen Einrichtungen unwirtschaftliche Ausgaben und unrentierlich festgelegte Kapitalien. Wir identifizieren uns mit dieser Kritik auf keinen Fall, sind vielmehr der Meinung, daß, von einigen Uebertreibungen abgesehen, die geschaffenen Anlagen volkswirtschaftlich wertvoll sind. Doch kann man die Schaffung solcher Anlagen nicht dauernd fortsetzen, ohne die Grenze des Notwendigen und Vertretbaren zu überschreiten. Der FAD. und seine Träger laufen Gefahr, in kurzer Zeit, wenn erst die augenblickliche Begeisterung verflogen ist, in gleicher Weise angegriffen zu werden wie die Gemeinden, wenn nicht neben den genannten Projekten andere mehr in den Vordergrund rücken. Ohne den Vereinen nahezutreten, darf doch gesagt werden, daß ein starker Anreiz für den FAD. darin liegt, daß vereinseigene Anlagen geschaffen werden können, ohne große eigene Mittel aufbringen zu müssen. Bei dem stark forcierten Ausbau von Sportplätzen und dergleichen Anlagen im letzten Jahrzehnt ist die Notwendigkeit zur Schaffung neuer vereinseigener Anlagen nicht allenthalben zu befehen. Andere Objekte, Mellorationen, Eindeichungsarbeiten, Urbarmachung von Heideland, Gewinnung von Siedlungsland, Wasserbauten, Wege- und Straßenbauten und dergleichen sind weniger umstritten, aber auch schwieriger zu erlangen und vor allem erfordern sie höhere Mittel; denn zu den eigentlichen Unkosten des FAD. kommen erhebliche Nebenkosten für Materialien, für größere Geräte, Gleisanlagen, Fuhrleistungen, Gestellung von technischem und Aufsichtspersonal usw. In manchen Fällen werden derartige Projekte nicht ohne Landerwerb, wenn auch nur zur Abrundung oder Zugänglichmachung durchzuführen sein. Auch ist darauf zu verweisen, daß solche Arbeitsmöglichkeiten nur außerhalb der Städte zu finden sind. Ihre Durchführung erfordert die Errichtung von Arbeitslagern, was wiederum mit erheblichen Kosten verbunden ist. Die vorhandenen, nutzbar zu machenden Lager auf ehemaligen Truppenübungsplätzen und dergleichen haben nur eine beschränkte Wirkungsmöglichkeit.

Noch größere Beachtung verdient die Frage, inwieweit die Ausführung wirtschaftlich wertvoller Projekte in die Interessensphäre der Lohnarbeiterschaft und des Unternehmertums eingreift. Die Frage wird auch dadurch nicht gelöst, daß Städte, Kreise oder



Genossenschaften als Träger der Arbeit und des Dienstes auftreten. Werden Projekte der genannten Art in größerer Zahl und in größerem Umfange im Wege des FAD. ausgeführt, verhindern wir, daß Unternehmer tarifmäßig bezahlte Arbeiter beschäftigen können. Ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis entsteht nicht. Die Sozialversicherungsträger, ohnedies notleidend, werden noch mehr in Mitleidenschaft gezogen. Die im FAD. Beschäftigten erwerben keine Anwartschaft auf die Arbeitslosenhilfe, Lohnsteuer und sonstige Abgaben fallen aus, ebenso Gewerbesteuern, Einkommen- und Umsatzsteuer. Die Arbeitsgeräte, die Fuhrparks und die sonstigen vorhandenen Betriebseinrichtungen der Unternehmer bleiben ungenützt, verrostet und verkommen und bilden unrentierliche Anlagen. Bei den früheren Notstandsarbeiten konnten die Gemeinden in den meisten Fällen Regiearbeit nicht umgehen. Sie ist besonders erforderlich, wenn z. B. Arbeitsunlustige auf ihren Arbeitswillen hin geprüft werden sollen. Beim FAD. handelt es sich aber um Arbeitswillige, die zur Arbeit drängen, bei denen sogar in der Regel der gute Wille größer ist als das Vollbringen, weil doch meist ungewohnte Arbeit verrichtet werden muß. Ferner hat die aufgeworfene Frage nach der Leistung, nach dem Arbeitserfolg; ihre große Berechtigung. Die Ankündigungen, daß die Arbeitsleistungen im FAD. etwa 80 Proz. der Arbeitsleistungen im tarifmäßig bezahlten Arbeitsverhältnis entsprechen, sind mit Vorsicht aufzunehmen. Diese Leistungen mögen dort erreicht werden, wo Vereinsmitglieder Anlagen für ihre eigenen Vereine schaffen können. Sie werden nach den Erfahrungen bei den Notstandsarbeiten nicht erreicht werden, wenn allgemeine öffentliche Arbeiten ausgeführt werden. Diese Feststellung enthält keine Kränkung der Beschäftigten, weil sie, wie oben bereits schon angeführt, in den meisten Fällen ungewohnte Arbeit verrichten müssen. Auch wird durch diese Feststellung der ideelle Wert der Arbeit nicht bestritten. Ein ernster Arbeitswille und eine ernste Arbeit liegen auch dann vor, wenn die Arbeitenden eine hundertprozentige Leistung nicht erreichen können. Anders liegen die Dinge, wenn wir nach dem wirtschaftlichen Wert der Arbeitsleistung fragen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß viele Projekte in Tarifarbeit ausgeführt nicht wesentlich teurer kommen und daß die damit erzielten wirtschaftlichen und sozialpolitischen Nebenwirkungen sogar die Ersparnisse des FAD. aufheben und übertreten. Eine wirkliche Ankurbelung der Wirtschaft kann nach dem Gesagten und den bereits vorliegenden Erfahrungen mit dem FAD. nicht erzielt werden, seine volkswirtschaftliche Bedeutung soll dennoch — allerdings mit gewissen Einschränkungen — nicht bestritten werden.

### III.

Höher als den wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Wert schätzen wir den erzieherischen Wert des FAD. besonders dann,

wenn nach den verkündeten Grundsätzen verfahren wird. Leider müssen wir hier sofort die Feststellung machen, daß Theorie und Praxis vielfach nicht übereinstimmen. Wir wollen hierbei nicht untersuchen, inwieweit die öffentlich verkündeten Grundsätze mit den innersten Gedanken der Verkünder übereinstimmen. Mancherlei Praxis gibt uns immerhin die Berechtigung Zweifel zu hegen, zumal dieser abwegigen Praxis nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten wird. Bestimmte unerfreuliche Erscheinungen sind mit dem Betrieb geschlossener Arbeitslager verbunden. Wir verstehen, wenn die Vereinsleiter dem geschlossenen Lager den Vorzug vor dem offenen Arbeitsdienst geben. Was wir weniger verstehen ist, daß die Bezirkskommissare mit so großem Nachdruck geschlossene Lager fordern und fördern, wobei wir nur nebenbei auf dem zutage getretenen Gegensatz zwischen der Auffassung des Reichskommissars und der verschiedenen Bezirkskommissare hinweisen wollen. Der Vereinsleiter kann im geschlossenen Lager selbstverständlich seine speziellen Vereinszwecke und Ziele besser erreichen als im offenen Arbeitsdienst. Er hat die von der Familie losgelösten und aus der bisherigen Umgebung herausgenommenen jungen Leute fester in der Hand und kann sie leichter nach seinem Willen lenken. Aber Vereinsziel und Zweck des FAD. sind nicht immer identisch. Jedenfalls lassen sich die allgemein gesteckten Ziele des FAD. in gleicher Weise im offenen Arbeitsdienst erreichen wie im geschlossenen Lager, wenn nur der Wille vorherrscht, sie zu erreichen, und wenn Nebenziele nicht verfolgt werden. Geschlossene Lager haben ihre Berechtigung, wenn Arbeiten in Gebieten durchzuführen sind, die von den Städten — als den Sammelstätten der Arbeitslosen — weit entfernt liegen. Sie sind sinnlos, wenn die Arbeitsstelle vom Wohnort aus nach kurzem Anmarsch erreicht werden kann. Arbeitslager haben stets nur einen territorialen und zeitlich begrenzten Aktionsradius; sie nur deswegen zu errichten, weil ihr Vorhandensein bestimmten Wünschen der Vereinsleiter oder einiger Bezirkskommissare entspricht, muß abgelehnt werden. Durch Errichtung solcher Lager, deren innere und äußere Notwendigkeit verneint werden muß, werden nur unrentierliche Kapitalien festgelegt, die besser zu den Arbeiten selbst Verwendung finden. Wenn uns entgegengehalten wird, daß wir gerade die Gemeinschaftserziehung fordern und fördern, so haben wir keine Ursache, dieser Feststellung zu widersprechen. Wir wenden uns aber gegen eine Gemeinschaftserziehung, die keine ist und deren Früchte im Widerspruch stehen zum verfassungsmäßigen Recht im Volksstaat. Wir wenden uns dagegen, daß die jungen Menschen mit oder gar gegen ihren Willen auf Kosten der Allgemeinheit als Rekruten bestimmter politischer Parteien oder sogenannter nationaler Wehrverbände gedrillt und auf die

Umgebung losgelassen werden<sup>2)</sup>). Man wende nicht ein, solche Vorkommnisse sind Einzelercheinungen. Gewiß, bis jetzt sind es Einzelercheinungen; es wäre auch schlimm, wenn es anders wäre. Aber aus Einzelercheinungen werden allzu leicht regelmäßige, wenn der hemmungslosen Agitation und der bewußt betriebenen Beeinflussung der Jugendlichen im antirepublikanischen Sinne nicht von vornherein und mit Nachdruck entgegengetreten wird. Wir haben allerdings zum derzeitigen Regiment nicht das Vertrauen, daß eine verfassungsmäßige Unterweisung und Beeinflussung der Jugendlichen in den Arbeitslagern sichergestellt wird. Daraus könnte sich die Tatsache ergeben, daß die Republik Unternehmungen fördert und finanziert, die sich letzten Endes gegen ihren eigenen Bestand richten. Das kann und darf nicht der Erziehungserfolg des FAD. sein. Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände sollte sich der Aufgabe annehmen, eine parteipolitisch und weltanschaulich neutral verfassungsmäßige Stelle zur Ueberwachung der geschlossenen Lager zu schaffen. Wir hegen starke Bedenken, diese Aufgabe etwa dem neuerdings gebildeten Jugendkuratorium zu übertragen.

#### IV.

In diesem Zusammenhang darf noch auf einen Gesichtspunkt hingewiesen werden, der in erzieherischer, richtiger gesagt berufsbildnerischer Hinsicht nicht unbedenklich ist. Mit dem FAD. in seiner heutigen Gestalt wird ein berufsbildnerisches Ziel nicht erreicht. Die in Angriff genommenen Arbeiten fördern nur einen kleinen Bruchteil der Beschäftigten in beruflicher Hinsicht. Für den größeren Teil können sie sogar schädigend wirken, jedenfalls dann, wenn z. B. kaufmännische und technische Angestellte, Spezialhandwerker der Feinmechanik, der Metall- und Holzindustrie, des Buchdruckgewerbes und dergleichen längere Zeit nur mit Schaufel, Spaten und Spitzhacke beschäftigt werden. Andererseits wird dem Umschulungsgedanken kaum Rechnung getragen und doch könnte der FAD. gerade hierzu ausgestaltet werden. Bis jetzt sind aber nur wenige Einrichtungen bekannt geworden, die sich die Umschulung freigesetzter Industriearbeiter für die Landwirtschaft, insbesondere für die kleinbäuerliche Siedlung, zum Ziel gesetzt haben. Die Arbeiten sind im allgemeinen nicht dazu angetan, neue Berufs- und damit neue

<sup>2)</sup> Die „Vossische Zeitung“ berichtet unterm 3. d. M. folgendes: „Werwolf“ in der Heide. Aus der Lüneburger Heide kommt eine Nachricht, die zeigt, wie auch die Idee des freiwilligen Arbeitsdienstes durch die hemmungslose politische Agitation gefährdet wird. In Melbeck bei Lüneburg mußte nämlich ein vor einiger Zeit eingerichtetes Lager des Freiwilligen Arbeitsdienstes aufgelöst werden, weil die Mitglieder dieses Arbeitslagers an der Sabotage einer ländlichen Zwangsversteigerung teilgenommen und sich zu Angriffen auf eine Gerichtskommission hatten mißbrauchen lassen. Dieses Arbeitslager bestand aus Mitgliedern des „Werwolf“. Siehe dazu auch Seite 759.

Existenzmöglichkeiten zu erschließen. Dieses Ziel könnte der FAD, aber zum mindesten zu erreichen versuchen. So wie heute gearbeitet wird, liegt in der geleisteten Arbeit für den einzelnen kein berufs- und existenzbildender Wert. Nach Beendigung der 20-Wochen-Frist hat der einzelne zwar gearbeitet, aber nichts erarbeitet. Er hat nichts gelernt, was er beruflich weiterhin gebrauchen kann, er hat keinen Schritt vorwärts getan in der Richtung seiner Existenzsicherung. Wie lange werden Jugendliche in dem FAD, eine Hoffnung sehen, wenn sich nicht auch Zukunftsmöglichkeiten von ihm ableiten lassen? Schon werden in den nächsten Wochen die ersten Arbeitsdienstfreiwilligen entlassen. Die ersten Arbeiten sind beendet, die ersten Fristen abgelaufen und mitten im Winter werden die abgemusterten jungen Leute wieder einer trüben Gegenwart und einer ungewissen Zukunft überantwortet. Nur von wenigen Stellen aus wird es gelingen, Jugendliche in einen anderen Beruf und eine andere Existenzmöglichkeit zu überführen. Eine fürsorgliche Leitung des FAD, die nicht nur an das Heute, sondern auch an das Morgen denkt, hätte weitreichende Vorkehrungen treffen müssen, um die jungen Menschen nach getaner Arbeit auch beruflich zu versorgen. Der erzieherische Wert des FAD, wird sehr in Frage gestellt, wenn es nicht gelingt, dieses Problem einigermaßen befriedigend zu lösen. Mit der Ausbildungszeit, in der in der Regel unentgeltlich gearbeitet wird, mit der ersten Gesellenzeit, in der nur ein geringer Lohn verdient wird, ja selbst mit der Zeit des jugendlichen Arbeiters in der Industrie sind feste Begriffe, die Zukunft betreffend, verknüpft. Die jungen Leute sehen diese Zeiten als Vorbereitungszeiten für die spätere Existenz an. Einerlei, ob diese Existenz im Verhältnis des Lohnarbeiters oder des selbständigen Gewerbetreibenden oder Unternehmers gesehen wird. Immer ist ein Zukunftsstreben damit verknüpft und das ist gut so, weil diesem Zukunftsstreben eine starke motorische Kraft innewohnt. Dieser Einstellung und diesen Gedankengängen trägt der FAD, nicht genügend Rechnung, obwohl sie zum wichtigsten im deutschen Gedankengut hinsichtlich Erziehung und Bildung gehören und obwohl diese Gedankengänge gradlinig in einer echten Arbeiter- und Mittelstandspolitik münden, die nicht nur mit Worten und Versprechungen, sondern mit Taten arbeitet. In diesem Punkt ist also noch eine wichtige Aufgabe im FAD, zu erfüllen.

Und nun noch ein Wort zu den Absichten, den FAD, in ein pflichtmäßiges Arbeitsdienstjahr umzuwandeln. Dieses Ziel mag den kommissbegeisterten Militaristen als Ideal erscheinen, solange sie auf ein stehendes Heer mit allgemeiner Dienstpflicht verzichten müssen. Wir lehnen diese Absichten und dieses Ziel nachdrücklichst jetzt schon ab, weil uns das zwangsweise Arbeitsdienstjahr ungeeignet erscheint freie, selbständige und selbstverantwortliche Staatsbürger zu erziehen und weil diese Einrichtung außerdem sehr bald nur für die Besitzlosen vorhanden wäre. Die

Besitzenden würden sich, wie früher von der allgemeinen Wehrpflicht, auch von dieser Leistung loskaufen können. Für eine solche Klassenteilung ist in der demokratischen Republik kein Raum. Bei dem starken Zudrang der Jugendlichen zum FAD. liegt nicht der geringste Grund dazu vor, aus der freiwilligen Einrichtung eine zwangsmäßige zu machen.

## LANDESGESETZE UND -EINRICHTUNGEN

### Aus der Praxis des preußischen Fürsorgerechts.

Von Fritz Tejessy.

In § 20 der preußischen Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 heißt es sinngemäß:

Anträge auf Fürsorge können sowohl bei dem Gemeindevorstande des Aufenthaltsorts als auch bei dem Bezirksverbande schriftlich oder mündlich gestellt werden.

Gegen darauffolgende Verfügungen, ob, in welcher Höhe und in welcher Weise Fürsorge zu gewähren ist, steht dem Fürsorgesuchenden der Einspruch zu. Der Einspruch ist bei derjenigen Stelle anzubringen, die die Verfügung erlassen hat.

Gegen die Zurückweisung des Einspruchs steht dem Fürsorgesuchenden binnen zwei Wochen die Beschwerde an den Bezirksausschuß zu, welcher endgültig beschließt.

Sind diese Möglichkeiten erschöpft, kommt es selten, sehr selten noch zu einer Nachprüfung im Dienstaufsichtswege, wobei unter Umständen sich ergeben kann, daß der Fürsorgeverband veranlaßt wird, unter anderen, im Gegensatz zu seiner ersten Entscheidung zutreffenden rechtlichen Voraussetzungen den Fall nochmals nachzuprüfen.

Im folgenden geben wir einige Beispiele aus der Praxis, die gleichzeitig interessante Rechtsfragen erörtern.

#### Um die Wohnung.

Durch den folgenden Beschluß des Bezirksausschusses vom Februar 1932 wurde die Beschwerde des in einer Großstadt ansässigen Werkmeisters R. gegen den Einspruchsbescheid des Fürsorgeverbandes zurückgewiesen:

Der verheiratete Beschwerdeführer bewohnt mit einem fünfzehnjährigen Sohn eine Zweizimmerwohnung zu einer Monatsmiete von 35 Mk. Er bezieht wöchentlich 16,60 Mk. oder monatlich 71,90 Mk. Krisenunterstützung.

Auf seinen Antrag vom 29. Dezember 1931 wurden für Dezember und Januar Mitbeihilfen von je 3,50 Mk. und am 19. Januar 1932 eine weitere von 11,50 Mk. bewilligt.

Wegen der ihm zu geringen Höhe der Beihilfen hat der Beschwerdeführer Einspruch und über den Einspruchsbescheid rechtzeitig Beschwerde erhoben und um weitere Mitbeihilfen gebeten.

## Der Fürsorgeverband beantragt Zurückweisung der Beschwerde.

Es war, wie geschehen, zu entscheiden.

Die Bezahlung von Schulden, zu denen auch Mietrückstände rechnen, sowie auch die Erhaltung einer bestimmten, noch dazu, wie im vorliegenden Falle noch immer verhältnismäßig teuren Wohnung gehören nicht zu den Pflichtaufgaben der öffentlichen Fürsorge.

Die öffentliche Fürsorge hat vielmehr nur die Aufgabe, bei fürsorgerechtlicher Hilfsbedürftigkeit den notwendigen Lebensbedarf zu gewähren. Dieser ist bei dem Beschwerdeführer nach den geltenden Bestimmungen als gesichert anzusehen, da seine Unterstützung zusammen mit den gewährten Mietbeihilfen den für ihn und seine Familie maßgeblichen Richtsatz nicht nur erreicht, sondern übersteigt. In diesem Richtsatz sind 30 Proz. für Miete enthalten.

Dieser Betrag, zusammen mit der den Richtsatz übersteigenden Unterstützung und den gewährten Mietbeihilfen muß zur Bezahlung einer angemessenen Miete als ausreichend angesehen werden.

Die Gewährung der beantragten höheren Mietunterstützung ist somit nicht angängig.

Hiernach rechtfertigt sich die Zurückweisung der Beschwerde.

Dieser Beschluß ist gemäß § 20 Absatz 7 der Preussischen Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 endgültig.

Trotzdem griff die Aufsichtsbehörde ein und entschied im Gegensatz zum Bezirksausschuß:

Die Fürsorge hat die Aufgabe, den Hilfsbedürftigen den notwendigen Lebensbedarf zu gewähren. Hierzu gehört auch die Sorge für die Unterkunft des Hilfsbedürftigen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Sorge für die Unterkunft des Hilfsbedürftigen im allgemeinen die Pflicht zur Erhaltung seiner Wohnung bedeutet. Praktisch betrachtet ist das nur möglich, wenn der Fürsorgeverband die Wohnungsmiete in ihrer vertraglichen Höhe übernimmt, mindestens so lange, bis es dem Hilfsbedürftigen gelingt, eine billigere Wohnung zu erhalten. Die Bewilligung einer angemessenen Miete, die den wirklichen Verhältnissen nicht gerecht wird, entspricht keinesfalls dem Sinne des Gesetzes.

Mit Wirkung vom Oktober 1932 erhielt daraufhin der Werkmeister R. einen laufenden Mietausgleich von 2,90 Mk. wöchentlich. Für die Zeit vom 1. August bis 5. Oktober 1932 wurde ihm eine Nachzahlung von 27,45 Mk. bewilligt.

Die Mutter muß nicht zum Sohn ziehen...

Ein Friseurmeister soll in einer Arbeitsanstalt untergebracht werden, weil er sich beharrlich weigert, 5 Mk. monatlich zum Unterhalt seiner Mutter beizutragen. Der Sohn will, daß die Mutter zu ihm ziehe und begründet seine Forderung mit der Behauptung, daß er auf Grund seiner Beziehungen zu Verwandten seiner Frau, die in der Landwirtschaft tätig sind, leichter für eine Naturalverpflegung seiner Mutter aufkommen könne als für Geldzahlungen.

Der zuständige Bezirksausschuß hat zu Recht die Beschwerde des Sohnes als unbegründet zurückgewiesen:

„Zur Begründung des Antrages hat der Antragsteller angeführt: Er sei nicht mehr in der Lage, den auf 5 Mk. herabgesetzten Betrag zu

den Kosten des Unterhalts seiner Mutter zu leisten. Er habe in den Monaten Januar bis April 1932 — beide Monate einschließlich — nur einen Gewinn von 151,87 Mk. gehabt, wobei die Wohnungsmiete in Höhe von 23 Mk. je Monat zu den Geschäftskosten gerechnet worden sei. Er sei bereit, seiner Mutter in seiner Wohnung Unterhalt zu gewähren. Es gehe nicht an, daß seine Mutter in einer anderen Stadt leben dürfe und er gezwungen werde, sie mit barem Gelde zu unterstützen.

Nach der Ueberzeugung des Bezirksausschusses besteht keine Veranlassung, dem Antrag auf Aufhebung des Beschlusses betreffend Unterhaltszahlung und Unterbringung in einer Arbeitsanstalt zu entsprechen. Wenn der Antragsteller sich leistungsfähig genug erachtet, um seiner Mutter in seiner Wohnung Unterhalt zu gewähren, dann ist er ganz gewiß in der Lage, den verhältnismäßig kleinen Betrag von 5 Mk. monatlich zu ihrem Unterhalt in einer anderen Stadt zur Verfügung zu stellen. Denn die Gewährung des Unterhalts in der eigenen Wohnung des Antragstellers würde an Geldwert das Vielfache des Betrages für den Antragsteller bedeuten und, selbst wenn er von anderer Seite (Verwandten) für diesen Zweck mit Lebensmitteln unterstützt werden sollte, Baraufwendungen mit sich bringen, die den Betrag von 5 Mk. monatlich nicht unerheblich übersteigen.“

Und in einem späteren Beschluß hat der Bezirksausschuß diesen Standpunkt noch durch folgende rechtlichen Ausführungen unterstrichen:

„Der Antragsteller ist nicht befugt, von sich aus zu bestimmen, in welcher Form er seiner Unterhaltsverpflichtung gegenüber seiner Mutter nachkommen will. Nach den gesetzlichen Bestimmungen hat die Unterhaltsgewährung im vorliegenden Fall durch Gewährung einer Geldrente zu erfolgen. Wenn allerdings die Geldrente, die von dem Antragsteller verlangt wird, ihn gegenüber der Naturalunterhaltung unverhältnismäßig stark belastet würde, dann würde dem Antragsteller bei seinem Verhalten ein sittliches Verschulden im Sinne des § 20 der Fürsorgeordnung nicht zur Last gelegt werden können. Im vorliegenden Fall aber, in dem es sich nur um einen Monatsbetrag von 5 Mk. handelt, kommt eine solche unverhältnismäßig starke Belastung gar nicht in Frage. Die fortgesetzte Weigerung des Antragstellers, diesen Bruchteil der Kosten, die ihn im Falle der Naturalunterhaltung treffen würden, zu zahlen, ist sonach als ein sittliches Verschulden und als eine böswillige, beharrliche Unterhaltsentziehung anzusehen.“

Auch die Altenteiltragödie, das Kernstück vieler Bauernromane, gehört allmählich einer vergangenen Epoche an.

Erst muß das Kind mit dem Bade ausgeschüttet sein . . .

Der nicht zur Unterhaltsleistung verpflichtete 81jährige Schwager eines 67 Jahre alten, seit seiner Kindheit gelähmten und an Wahnideen leidenden Fräuleins bringt seit Jahren die Kosten für die Unterbringung der Kranken in einer entsprechenden Anstalt auf. Mit der Zeit verschlechterten sich aber auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schwagers und er bittet, der Schwägerin die ihr zustehende Kleinrentnerunterstützung zu gewähren, da sie ihr Vermögen durch die Inflation verloren habe. Zweijährige Bemühungen scheitern, wobei Zuständigkeitsfragen eine große Rolle spielen. Entscheidend war aber für die Ablehnungen, daß der zuständige Magistrat verlangte, daß der Schwager erst durch Nichtzahlung

des Unterhalts die Schwägerin in unmittelbare Not geraten lassen muß bevor eine Kleinrentnerunterstützung auf Antrag der Anstalt be willigt werden könnte. Diesen Weg zu beschreiten weigerte sich aber au Gründen der Pietät der Schwager.

Die Nachprüfung des Vorganges im Dienstauf sichtswege führte dazu, daß endlich dem Schwager Recht gegeben wurde. In der Entscheidung wurde ausgeführt:

„Der Magistrat verneint in seinen Bescheiden die Hilfsbedürftigkeit des Fräuleins Sch., so lange die Pflegekosten für sie von privater Seite aufgebracht werden, und verlangt von dem Beschwerdeführer zunächst die Einstellung seiner Zahlungen. Er berücksichtigt hierbei nicht, daß der Beschwerdeführer nicht beabsichtigt, die gesamten Pflegekosten auf die öffentliche Fürsorge abzuwälzen, sondern lediglich mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Verschlechterung einen Beitrag in Höhe der Kleinrentnerunterstützung erbittet. Schon dieser Sachverhalt hätte ge nügen müssen, den Antrag wohlwollender zu behandeln, zumal der Beschwerdeführer gegenüber seiner Schwägerin gar nicht unterhalts pflichtig ist und bei gänzlicher Einstellung seiner freiwilligen Zahlungen dem Fürsorgeamt durch die Betreuung der offenbar anstaltspflege bedürftigen Kranken weit höhere Aufwendungen erwachsen würden. Aber auch rechtlich ist die Auffassung des Fürsorgeamtes anfechtbar. Nach dem Urteil des Bundesamtes für das Heimatwesen (Bd. 67, S. 51) ist die Hilfsbedürftigkeit einer Person nur so lange ausgeschlossen, als der Unterhalt von anderer Seite gewährt wird, ohne daß die öffentliche Fürsorge angerufen wird. Nachdem der zum Unterhalt nicht verpflichtete Beschwerdeführer an das Wohlfahrtsamt herangetreten ist, mußte zum mindesten geprüft werden, ob durch die vom Beschwerdeführer beabsichtigte Kürzung seiner freiwilligen Zu wendungen der zum Anstaltsaufenthalt notwendige Lebensbedarf der Kranken gefährdet werde, also Hilfsbedürftigkeit eintreten würde. Das ist aber nicht geschehen.

Irrig ist ferner die Ansicht des Magistrats, daß der Antrag zur Für sorge von der Direktion der Anstalt gestellt werden müsse. Das Ein greifen der öffentlichen Fürsorge ist überhaupt nicht von einem Antrag abhängig (§ 2 der Reichsgrundsätze). Es genügt durchaus, daß der Beschwerdeführer dem Fürsorgeamt von der drohenden Hilfsbedürftig keit des Fräuleins Sch. Mitteilung machte.

Gänzlich verfehlt ist aber die Auffassung des Magistrats, daß sich der Beschwerdeführer mit seinen Anträgen auch an den endgültig ver pflichteten Fürsorgeverband wenden könne oder daß er die Gewährung der Kleinrentnerunterstützung etwa davon abhängig machen dürfe, daß der endgültig verpflichtete Fürsorgeverband ihm zuvor Erstattung zu sichere. Der Bezirksfürsorgeverband des tatsächlichen Aufenthalts hat der Hilfsbedürftigkeit ohne Rücksicht darauf abzuhelpfen, ob ein anderer Verband endgültig fürsorgepflichtig ist (vgl. Entscheidungen des Bundes amtes für Heimatwesen, Bd. 65 S. 76, Bd. 69 S. 124).“

#### Die Sicherheitshypothek.

Am 7. März 1932 schreibt der Kreisausschuß eines öst lichen Kreises mit Formular an den Gemeindevor stehcr einer kleinen Gemeinde:

„Nach den Reichsgrundsätzen über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge kann die Gewährung von Unterstützung davon



abhängig gemacht werden, daß vorhandenes und zur Zeit nicht verwertbares Vermögen dem Bezirksfürsorgeverband als Ersatz der entstehenden Fürsorgeaufwendungen sichergestellt wird. Mit Rücksicht darauf, daß in letzter Zeit wiederholt Unterstützungsempfänger ihr Vermögen vor ihrem Tode verschenkt haben und somit eine Nachlassforderung des Bezirksfürsorgeverbandes nichtig machten, ist es notwendig, von jetzt an die Sicherstellung der Ersatzansprüche allgemein zu fordern. In geeigneten Fällen muß die Weiterzahlung der Unterstützungen von der Sicherheitsleistung abhängig gemacht werden.

Es wird gebeten, mit dem Kleinrentner K., dessen Ehefrau nach den Fürsorgeakten ein Hausgrundstück besitzt, wegen der Sicherheitsleistung zu verhandeln und dem Kreiswohlfahrtsamt mitzutellen, in welcher Form Sicherheit geleistet werden soll.“

Am 21. Juni (!) berichtet der Gemeindevorsteher, daß es ihm nicht gelungen sei, „die beiden Personen“ zu einer Sicherheitsleistung zu bewegen und bittet das Kreiswohlfahrtsamt, das von einem seiner Beamten tun zu lassen.

Das geschieht drei (!) Tage später dadurch, daß kurzerhand die Zahlung der Kleinrentnerunterstützung an K. mit dem 30. Juni eingestellt wird. Der Kleinrentner steht plötzlich vor dem Nichts.

Berechtigt?

Der Kleinrentner, ein 78jähriger Mann, wandert mühselig zum Landratsamt und gibt dort zu Protokoll, daß er eine Hypothek auf das Grundstück nicht eintragen lassen kann, da er — nicht Besitzer sei und seine Frau sich weigere.

Worauf doch wohl dem alten armen Mann die Kleinrentnerunterstützung von 33 Mk. monatlich sofort wieder zugebilligt wird? Weit gefehlt! Der Einspruch wird zurückgewiesen! Das ist am 9. Juli. Die Sache geht an den Bezirksausschuß, dem vorgetragen wird, daß die Eheleute in Gütertrennung leben, daß daher nur die Frau die Nutznießung an dem Grundstück hat, das sie aus erster Ehe besitzt und an ihre vier Kinder aus dieser Ehe weitergeben soll. Der Bezirksausschuß lehnt die Beschwerde am 9. August endgültig ab und straft den Mann, weil die Frau die Sicherheit nicht leisten will.

Es erfolgt aber von seiten der vorgesetzten Verwaltung doch noch eine Nachprüfung, weil sich ein Abgeordneter der Sache angenommen hatte. War es rechtlich überhaupt zulässig, dem Mann die Unterstützung zu entziehen, weil die Frau sich weigert, die Sicherheit zu leisten, war diese Frau überhaupt zur Sicherheitsleistung in der Lage, war sie gar wohlhabend und ließ ihren Mann verhungern?

Auf diese Fragen stellte sich heraus, daß erstens — einmal an der Kleinrentnereigenschaft und Hilfsbedürftigkeit des K. kein Zweifel sein konnte. Er hatte keinerlei Einkommen oder Vermögen, er ist von der Nutznießung des Vermögens der Ehefrau ausgeschlossen. Die Hilfsbedürftigkeit besteht nach dem Gesetz auch dann, wenn unterhaltspflichtige Verwandte vorhanden sind, wie im vorliegenden Falle etwa die Frau, die einige Aecker Land und ein strohgedecktes baufälliges Haus besitzt, auf das das Kreiswohlfahrtsamt eine Hypothek von 1000 Mk. eingetragen haben will, aber nicht bereit sind, der Unterhaltspflicht aus ihrem Vermögen oder Einkommen zu entsprechen.

Daher ergab sich bei der Nachprüfung für den Bezirksfürsorgeverband eine Unterhaltspflicht gegenüber dem K., auf Grund deren sich allerdings der Bezirksfürsorgeverband an der unterhaltspflicht-

tigen Ehefrau schadlos halten kann. Vorausgesetzt, daß nicht, wie im vorliegenden Falle, offenbar ein Härtefall vorliegt, der veranlassen müßte, daß der Bezirksfürsorgeverband davon absieht, die 1000 Mk. Sicherheitshypothek eintragen zu lassen.

Vielleicht hat also der 78jährige Kleinrentner doch noch das Glück, den Tag zu erleben, an dem er wieder in den Genuß seiner monatlichen 33 Mk. tritt!

## Sozialdemokratische Anträge in Preußen.

Im Preußischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Anträge eingebracht:

Nr. 1223. Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht,

1. den Gemeinden und Fürsorgeverbänden mit Hilfe des Reichs die Mittel zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind zur Gewährung von Winterzuschlägen für alleinstehende Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger, für alle Wohlfahrtserwerbslosen, für die Sozialrentner und die anderen Empfänger von Wohlfahrtsunterstützungen zur Beschaffung von Brennmaterial, Kleidung, Schuhzeug und Nahrungsmitteln, ferner zur Aufrechterhaltung der gemeindlichen Zusatzunterstützungen für Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger, deren Unterstützung unter dem Richtsatz der Fürsorge bleibt;
2. darauf hinzuwirken, daß die Fürsorgeverbände die Winterzulage auf ihre Zusatzunterstützungen nicht anrechnen.

Berlin, den 21. November 1932.

Nr. 1257. Der Landtag wolle beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht, mit Hilfe des Reichs den Jugendämtern die Mittel zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind zur Fürsorge an Minderjährigen, die mangels Erfolgsaussicht der Fürsorgeerziehung nicht mehr überwiesen werden, ferner an Minderjährigen, die mit Vollendung des 19. Lebensjahres entlassen werden, bei denen aber Fürsorge zur Verhütung und Beseitigung der Verwahrlosung erforderlich ist, ferner für Jugendliche, die vor Vollendung des 19. Lebensjahres entlassen werden, ohne daß der Zweck der Erziehung erreicht oder anderweitig sichergestellt ist.

Berlin, den 22. November 1932.

## U M S C H A U

## Sozialpolitischer Kampf im Reichstag.

Für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war es selbstverständlich, daß sie sofort nach Zusammentritt des neu gewählten Reichstags den Kampf aufnahm gegen die Verordnungen der Regierung Papen und für die Erleichterung des Schicksals der Arbeitnehmer, der Arbeitslosen und der Sozialrentner. Aus diesem Grunde brachte sie neben Anträgen, die konkrete Vorschläge für die Arbeitbeschaffung und

den Rückgang der Arbeitslosigkeit enthalten, eine Reihe von Anträgen im Reichstage ein, die auf der einen Seite die Aufhebung der Verordnungen betreffs Lohn-, Renten- und Arbeitslosen-Unterstützungs-Kürzungen fordern und auf der anderen Seite die Linderung des Schicksals der notleidenden Kreise in diesem Winter zum Ziel haben. Gleichzeitig soll dadurch den Gemeinden und Kreisen geholfen werden, ihre Fürsorgeaufgaben zu erfüllen.

In nachstehendem wird ein Ueberblick über die vorliegenden Anträge gegeben:

a) Lohnkürzungen und Einbruch in das Tarifrecht. Es wird grundsätzlich beantragt die Aufhebung der Verordnungen vom 4. und 5. September, die eine Arbeitsbeschaffung bezweckten durch Gewährung von Steuergutscheinen und Einstellungsprämien an die Arbeitgeber und durch das gleichzeitige Recht der Tarifunterschreitungen im Falle der Einstellung von Arbeitslosen. Diese Verordnungen haben nicht nur eine ungeheure Verbitterung in der Arbeiterschaft aller Richtungen hervorgerufen, sondern sich auch als absolut unwirksam herausgestellt. Deshalb macht die Fraktion in ihren eigenen Anträgen vollkommen neue Vorschläge für die Arbeitsbeschaffung und fordert die Aufhebung dieser Papen-Verordnungen.

Da aber bei der Einstellung der Mehrheit des Reichstags zu befürchten ist, daß die vollkommene Aufhebung nicht durchgesetzt werden kann, so hat die Fraktion für den Fall der Ablehnung gefordert, daß neben der Streichung der Steuergutscheine vor allem gestrichen wird der sozialpolitische Teil, durch den die Regierung Papen sich selbst das Recht gab, aus Gründen der Vereinfachung und Verbilligung sozialer Einrichtungen selbstherrlich in die gesamten materiellen Leistungen wie auch den Aufbau der Sozialpolitik einzugreifen. Dagegen wird die Aufhebung der Verordnung vom 5. September betreffs Eingriffs in das Tarifrecht gefordert.

Da ähnliche Anträge, wie dieser Eventualantrag, auch von anderen Fraktionen gestellt sind, und auch der gegenwärtige Reichskanzler Andeutungen über den Willen zum Entgegenkommen gemacht hat, ist ein Erfolg anzunehmen.

## 2. Arbeitslosenunterstützung, Sozial- und Kriegsoffer-Renten.

Entsprechend dem Kampf, den die Fraktion gegen die Verordnung vom 14. Juni von Anfang an geführt hat, weil die Zerstörung der Arbeitslosenversicherung und die Kürzungen der Renten nicht nur eine unerhörte Härte, sondern auch einen Eingriff in erworbene Rechte darstellte (s. Heft 13/32, Seite 398 dieser Zeitschrift), hat sie jetzt die Aufhebung auch dieser Verordnung beantragt. Um aber auch hier für den Fall der Ablehnung dieses grundsätzlichen Antrages die Möglichkeit zu geben, zu erreichen, was bei der Zusammensetzung des Reichstags irgend zu erreichen ist, hat sie zwei weitere Anträge hinzugefügt:

a) die Arbeitslosenunterstützung sowohl auf Grund der Versicherung wie der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtspflege der Gemeinden sowie die Sozial- und Kriegsoffer-Renten auf den Stand vor dem 14. Juni zu bringen. Soweit sich daraus finanzielle Mehraufwendungen für die Gemeinden und die Träger der Sozialversicherung ergeben, überweist das Reich die erforderlichen Mittel.

b) die in der Verordnung über Ergänzung von sozialen Leistungen (s. Heft 21/32, Seite 660 dieser Zeitschrift) enthaltenen Härten für alleinstehende Arbeitslose, Wohlfahrtserwerbslose und Zusatzempfänger dadurch abzustellen, daß die Winterhilfe auch den alleinstehenden Arbeitslosen sowie den Wohlfahrtserwerbslosen zugute kommt. Ferner fordert der Antrag, daß die Winterzulage denjenigen Erwerbslosen, die — wegen Nichterreichung des Richtsatzes — zu ihrer Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung eine Zusatzunterstützung erhalten, nicht angerechnet wird, so daß auch für sie die Winterzulage eine praktische Hilfe bedeutet. Auch in diesem Fall soll das Reich die Mehrausgaben tragen.

3. Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung. Schließlich fordert die Fraktion eine Winterhilfe für alle Empfänger von öffentlichen Unterstützungen, also sowohl für Arbeitslose, Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsoffer usw. Diese Winterhilfe soll aus Sachleistungen bestehen, und zwar aus Brot, Kohlen, Fleisch. Die Durchführung soll in Händen der Gemeinden liegen, während das Reich die Kosten trägt.

Die vorstehenden Beispiele zeigen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sorgfältig die Frage der Linderung sozialer Not durchgearbeitet hat. Was im einzelnen erreicht wird, kann im Augenblick noch nicht gesagt werden, um so mehr, als bei Redaktionsschluß die Debatte über die Anträge im Reichstage noch nicht beendet ist. Immerhin war es sozialdemokratischer Initiative zu danken, daß diese Fragen als „dringlich“ anerkannt wurden, das heißt, daß es gelang, sie sofort im Reichstage zu behandeln, obgleich die Regierung Schleicher ihr Regierungsprogramm erst im Januar dem Reichstage vortragen will und den dringenden Wunsch hatte, auch diese Angelegenheiten bis dahin zurückzustellen. Nachdem die Tolerierungsmehrheit (Zentrum bis Nationalsozialisten), die ihr die Vertagung bis in den Januar ermöglichte, die Verantwortung für die Verschleppung auch der sozialen Maßnahmen infolge des sozialdemokratischen Vorgehens nicht auf sich nehmen konnte, ist also mit baldigen Maßnahmen zu rechnen. Es wird Sache eines weiteren Artikels sein, über das Erreichte zu berichten.

Louise Schroeder.

## Winterhilfsmaßnahmen der Reichsregierung und Preußens zur Verbilligung von Frischfleisch für die hilfsbedürftige Bevölkerung.

Rundschreiben des Reichsarbeitsministers vom 18. November 1932  
II b/No. 9973/32 und vom 4. Oktober 1932 II b 8750/32.

Im Rahmen der Winterhilfe der Reichsregierung werden auch in diesem Jahre — entsprechend den Richtlinien vom 8. Dezember 1931 — an die hilfsbedürftige Bevölkerung Bezugsscheine für verbilligtes Frischfleisch ausgegeben. Jeder Berechtigte kann monatlich 2 Pfund verbilligtes Fleisch erhalten, das Pfund 20 Pf. unter dem Tagespreis oder, sofern schon zwischen den Kommunalverbänden und den Fleischverkaufsstellen Preisnachlässe vereinbart sind, 20 Pf. unter den vereinbarten Preisen.

Hauptunterstützungsempfänger und Hauptunterstützte mit vier und mehr Zuschlagsempfängern und Empfänger von Zusatzrenten nach dem RVG, die mit vier und mehr Zuschlags- oder Zusatzrentenempfängern in gemeinsamem Haushalt leben, können monatlich 4 Pfund verbilligtes Fleisch auf zwei Bezugsscheine erhalten. Ebenso können Arbeitslose, die nach den Bestimmungen über vorstädtische Kleinsiedlung mit unentgeltlicher Mitarbeit an der Errichtung ihrer Kleinsiedlerstelle beschäftigt sind, einen Bezugsschein über die Größe ihrer Familie hinaus erhalten. Der Bezugsschein ist zu versagen, wo ein Bedürfnis nicht vorliegt oder die mißbräuchliche Verwendung mit Grund zu besorgen ist.

Der erste Bezugsschein galt in drei Abschnitten für die Zeit vom 17. Oktober bis 30. November 1932, der zweite Bezugsschein soll in zwei Abschnitten ausgegeben werden und vom 1. bis 31. Dezember 1932 Geltung haben. Die Verteilung der Bezugsscheine erfolgt in derselben Weise wie im Vorjahre über die Landeszentralbehörden, nur für Sachsen erfolgt unmittelbare Zusendung an die Bezirksfürsorgeverbände. In den Rundschreiben wird noch einmal besonders auf die Möglichkeit verwiesen, daß fehlende Bezugsscheine von den Fürsorgeverbänden unmittelbar beim Reichsarbeitsministerium angefordert werden können.

Die Fleischverkäufer müssen die Anträge auf Einlösung bis zu den Verfalltagen bei den von den Bezirksfürsorgeverbänden bekanntgegebenen Kassenstellen stellen. Eine nachträgliche Einlösung ist ausdrücklich ausgeschlossen. Die Abrechnung erfolgt über sämtliche Abschnitte eines Bezugsscheins zusammen.

RdErl. d. MIV. u. MfAuG. vom 8. November 1932, betr. Verbilligung des Lebensbedarfs für Arbeitslose und andere Hilfsbedürftige.  
— III 3202/19. 10 —\*)

Wie im Vorjahr soll alles versucht werden, eine Verbilligung des Lebensbedarfs für Hilfsbedürftige herbeizuführen. Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Organisationen der Wirtschaft und den Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege haben dazu geführt, daß die Wirtschaftsverbände — Reichsverband der deutschen Industrie, die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Reichsverband des Deutschen Groß- und Uebersch Handels und die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels — ihren örtlichen Organisationen wieder empfehlen, sich zu örtlichen Verhandlungen mit den Fürsorgeverbänden, den Arbeitsämtern und den lokalen Organisationen der Winterhilfe der freien Wohlfahrtspflege zur Verfügung zu stellen. Die im Vorjahr ausgesprochene Warnung, die Naturalversorgung Hilfsbedürftiger nicht unter Ausschaltung des Handels vorzunehmen, hat sich bewährt und wird als Wunsch für das laufende Jahr für den Fischhandel ausgesprochen. Die Verbände des Einzelhandels haben bei den Verhandlungen gebeten, bei der für manche Zweige des Einzelhandels sehr ungünstigen Wirtschaftslage keine unerfüllbaren Forderungen auf Preisnachlässe zu stellen; im Vorjahr seien die Verhandlungen mehrfach dadurch gescheitert.

Die besonders schwierige Lage der Konsumvereine durch die geschwächte Kaufkraft der arbeitslosen Mitglieder macht es diesen nicht

\*) Volkswohlfahrt 22/1932.

überall in demselben Umfang wie im Vorjahr möglich, sich an dem Hilfswerk zu beteiligen. Wenn — wie im Vorjahr — einzelne Gemeinden nicht gestatten wollen, die Warengutscheine generell auch bei den Konsumvereinen einzulösen, so weist der Erlaß die Sozialministerien der Länder an, darauf hinzuwirken, daß den berechtigten Wünschen der Konsumvereine Rechnung getragen wird.

Die Reichsbahn hat bereits wieder die gleiche Frachtermäßigung für die in derselben Art und demselben Umfang wie im Vorjahre zur Verfügung gestellten verbilligten Kohlen für Hilfsbedürftige zugesichert.

Zentrale Richtlinien werden auch in diesem Jahr nicht aufgestellt, vielmehr sollen alle Hilfsmaßnahmen dem planvollen Zusammenarbeiten der örtlichen Stellen überlassen bleiben, wobei nochmals besonders auf die Heranziehung der Winterhilfsorganisationen verwiesen wird.

Von der Art des Hilfswerkes soll es auch weiter abhängen, ob für die Durchführung der freiwillige Arbeitsdienst herangezogen werden kann. So ist z. B. bei der Durchführung von Speisungseinrichtungen die Möglichkeit der Beschäftigung Jugendlicher im FAD. zu prüfen. Als besondere Winterhilfsmaßnahme der Reichsregierung ist wieder eine Frischfleischverbilligung eingeleitet. Für das Gebiet der Brennstoffversorgung ist es noch unsicher, ob eine gleiche Verbilligung aus Reichsmitteln durchgeführt werden kann.

D. B.

## Noch eine Notverordnung über Fürsorgeerziehung.

Von Walter Friedländer, Berlin.

In Ergänzung der Notverordnung des Reichspräsidenten über Jugendwohlfahrt vom 4. November 1932, die eine Umstellung der Fürsorgeerziehung brachte und an dieser Stelle in Heft 22/32, Seite 705, und 23/32, Seite 687, erörtert worden ist, hat der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung jetzt noch eine weitere Verordnung über Fürsorgeerziehung vom 28. November 1932 erlassen. (Reichsgesetzblatt Teil I, Nr. 77, S. 531.) Durch die neue Notverordnung werden wenigstens einige der schweren formellen Mängel gemildert, die er der ersten Notverordnung über Fürsorgeerziehung anhafteten. Unsere grundsätzlichen, rechtlichen und sozialpädagogischen Bedenken gegen die Neuregelung der Fürsorgeerziehung bleiben aber auch gegenüber der neuen Notverordnung bestehen.

Im Artikel 1 wird bestimmt, daß für Minderjährige, die vor dem 1. April 1933 19 Jahre alt werden, die Fürsorgeerziehung erst mit dem 31. März 1933 endigt. Bis dahin können Anträge aus dem in der ersten Notverordnung eingefügten § 72a RJWG. gestellt werden, nach welchem die Fürsorgeerziehungsbehörde beim Vorliegen besonderer Verhältnisse die Fortführung der Fürsorgeerziehung über das 19. Jahr hinaus, längstens bis zur Volljährigkeit beim Vormundschaftsgericht beantragen kann, wenn diese Fortführung zur Erreichung des Zweckes der Fürsorgeerziehung erforderlich ist. Nach der neuen Notverordnung bleibt aber das Recht der Fürsorgeerziehungsbehörde, Minderjährige mit 19 Jahren auch vor dem 1. April 1933 zu entlassen, bestehen. Es ist anzunehmen, daß diese Bestimmung dazu führen wird, daß die bereits bisher auf Grund des völlig ungeklärten Rechtszustandes zur Entlassung gelangten Fürsorgezöglinge von den Fürsorgeerziehungsbehörden nicht

mehr zurückgeholt werden und daß hiermit deren Entlassung als endgültig behandelt wird.

Durch Artikel 2 der neuen Notverordnung ist ferner der erwähnte § 72a RJWG. durch weitere 3 Absätze ergänzt. In dieser Ergänzung wird bestimmt, daß die Anhörung des Minderjährigen, des gesetzlichen Vertreters und der Eltern (bei einem Antrag der Fürsorgeerziehungsbehörde auf Fortführung der Fürsorgeerziehung über das 19. Jahr hinaus) im Ermessen des Vormundschaftsgerichtes steht. Der Beschluß über den Antrag ist dem Minderjährigen, dem gesetzlichen Vertreter und den Eltern mitzuteilen. Im Falle der Ablehnung des Antrages erfolgt die Mitteilung an die Fürsorgeerziehungsbehörde durch Zustellung des Beschlusses. (Es ist nicht recht ersichtlich, warum nicht die Anhörung des 19jährigen Minderjährigen und seiner Eltern, sofern sie überhaupt durchführbar ist, allgemein angeordnet worden ist, weil bei dieser wichtigen Entscheidung zweifellos der persönliche Eindruck von den Beteiligten für den Vormundschaftsrichter doch von großer Bedeutung ist.)

Ueber den Antrag der Fürsorgeerziehungsbehörde entscheidet das Vormundschaftsgericht endgültig; doch steht der Fürsorgeerziehungsbehörde gegen einen ablehnenden Beschluß des Vormundschaftsgerichtes, das die Fortführung der Fürsorgeerziehung nicht anordnen will, die sofortige Beschwerde binnen zwei Wochen an das Landgericht zu. Solange über den Antrag nicht rechtskräftig entschieden ist, dauert die Fürsorgeerziehung fort. Die neue Notverordnung soll nach der ausführlichen Bestimmung ihres Artikels 3 mit dem 8. November 1932, also gleichzeitig mit der ersten Notverordnung, in Kraft treten.

Durch die angeführte Aenderung werden eine Anzahl von Zweifelsfragen, die die erste Notverordnung aufgeworfen hatte, geklärt. Ob die Bestimmung über die rückwirkende Inkraftsetzung der neuen Notverordnung juristisch wirksam ist, erscheint zweifelhaft. Namentlich gilt dies für die erwähnten, schon entlassenen Fürsorgezöglinge, deren Fürsorgeerziehung nach der Notverordnung vom 4. November 1932 bereits beendet war, weil sie 19 Jahre alt geworden waren. Hier wird möglicherweise noch die Rechtsprechung eine Lösung der aufgeworfenen juristischen Fragen zu finden haben. Es kann nicht verkannt werden, daß die Notverordnung nur einige der zahlreichen Zweifel der früheren Notverordnung geklärt hat. Es muß abgewartet werden, wie sich die Praxis mit den neuen Bestimmungen auseinandersetzt und welche sozialen Folgen sich aus der veränderten Lage ergeben.

## Seltsamer Arbeitsdienst.<sup>1)</sup>

Von Hedwig Wachenheim.

Auch zur Reportage ist Gesinnung, Wissen und Können erforderlich. Lampel fehlen alle drei. Schon bei Veröffentlichung seines Buches „Jungen in Not“ mußten wir feststellen, daß Lampel lediglich Briefe der Jungen veröffentlicht, ohne Darstellung ihres Wesens und der wahren Veranlassung der Briefe, und daß bei dem Theaterstück „Revolte im Erziehungshaus“<sup>2)</sup> jede eigene Lösung für das Problem fehlt. So ist es

<sup>1)</sup> Packt an! Kameraden! Erkundungsfahrten in die Arbeitslager. Von Peter Martin Lampel. Rowohlt-Verlag, Berlin W 50. 1932. 328 Seiten, Preis 4,50 Mk.

<sup>2)</sup> Siehe „A.-W.“ Nr. 2/29, S. 37.

denn auch gekommen, daß Berlin W. das seinerzeit dem Stütk zugefubelt hat, längst die Fürsorgeerziehung vergessen hat, ohne daß sie sich seit damals wesentlich geändert hätte.

Das neue Buch von Lampel ist eine Reportage über den freiwilligen Arbeitsdienst. Er beschreibt noch nicht den Arbeitsdienst nach der heutigen Regelung. Ueber Behördenzuständigkeit und andere Tatsachen, die für den Aufbau des Arbeitsdienstes wichtig sind, enthält die Darstellung viele Ungenauigkeiten, über die aber Lampel so vorsichtig hinwegschreibt, daß Einzelheiten schwer zu widerlegen sind. Das Ganze ist kein klarer einwandfreier Bericht, sondern voll romantisierender Unwahrhaftigkeit und bewußter Unklarheit in einem furchtbaren Deutsch. Wir gehen hier darauf ein, weil der Verlag, der Lampels Buch herausbringt, ihm mehr Leser verschaffen wird, als das Buch verdient.

Das „Führertum der Jungdenkenden unter jungen begeisterten Menschen“ (S. 327) soll gezeigt werden. Dieses Führertum sieht etwa so aus: „Ich habe überall gefunden, daß es so etwas wie ein jungdeutsches Ordensgesicht gibt“ (S. 44), oder so: „Das ganze Herz zog ihn zum Landsknechtsleben“ (S. 79). Es redet so: „Die Praxis zeigt erstens, daß wir hier mit den jungen Leuten durch edle Gefühle absolut nicht fertig werden, und auch nicht durch besondere Freundlichkeit“ (S. 104). „Wir haben und wir brauchen prachtvolle Führer, der neue bündische Führertyp aus Disziplin mit Liebe“ (S. 131). „Denken Sie doch an die ganze Burschenschaftsbewegung! An den Studenten Karl Ludwig Sand! An das Wartburgfest! Und an die Verbrennung von Korporalsstock und Zopf! Die deutsche Jugend gärt ja immerfort. Achtzehnhundertachtundvierzig erfüllte sich nicht. Auch neunzehnhundertundachtzehn blieb sie völlig unerfüllt. Im Anfang steht in Deutschland stets das Abenteuer. Beim Scoutismus die Expedition“ (S. 260). „Die mittlere Linie, die bestimmt keine demokratische ist, ist die Volkslinie, und sie ist auch uns gemäß“ (S. 261).

Wir finden unter den Führern, die Lampel begeistern, Heinz Hauenstein, bekannt als oberschlesischer Kämpfer und Schlageter-Mann, kurzum bekannt als Landsknecht, der sich so vernehmen läßt: „Wer ihnen (den Jugendlichen. D. Red.) Geist und Stil aufprägt, entscheidet über das weitere Schicksal unseres Arbeitsdienstes“ (S. 247).

Ein anderer Führertyp siedelt mit seiner Frau, einem Mädchen aus reichem Hause, Fürsorgerin. Sie siedeln im Moor, ohne von der Landwirtschaft das geringste zu verstehen. Der Mann geht als Tagelöhner, aber nicht aus Verbundenheit mit dem Proletariat, denn später studiert er. Sie haben zwei Stunden bis zur Stadt, aber kein Fahrrad, um Einkäufe zu machen. Dazu entschließen sie sich nicht trotz des reichen Vaters, der eine Kuh schenken kann. Die Kinder heißen „Sonni“, „Rothraut“ und „Karlheinz-Gerd“. Sonni melkt mit acht Jahren und schleppt das Kleinsté, das sie naßmacht, auf dem Arm. Aber aus diesem Armutsmilieu kommt sie in Pension. Dieses faßt Lampel zusammen in die Worte: „Das ist heroisch, Frau Hella“ (S. 89).

Alle diese Lagerführer und Insassen, ob Jungdeutscher Orden, ob Schlesische Jugendmannschaft, ob Volksbund für Arbeitsdienst, ob Boberhaus oder Heinz Hauenstein, — alle sind mit Lampel einig in ihrem Kampf gegen die Repräsentanten der staatlichen Macht, die Behörden. Ich will hier gewiß nicht der Bürokratie und der Bürokratisierung das Wort reden, aber wenn Lampel die Projekte des Regierungspräsidenten von Osnabrück rühmt, so ist das doch eben auch ein



Regierungsvertreter. Und wenn dieser nicht seine Pläne sofort, sondern nur langsam durchführen kann, so liegt das zum Teil an den Plänen und zum anderen am Mangel des Geldes. Aber dieses Geld können gewiß nicht Lampels Landsknechte herbeischaffen. Wer hat denn die Tagewerke, die Lampel besucht, geschaffen? Die Behörden! Wer finanziert sie? Der Staat! Aber Heinz Hauenstein sagt: „Das Gespenst des Arbeitsdienstes ist die Bürokratisierung, gleichgültig, ob sie von einem General, einem Ministerialrat oder einem Gewerkschaftssekretär ausgeführt wird“ (S. 247).

Die Gleichstellung von Bürokrat und Gewerkschaftssekretär ist für Lampel sehr bezeichnend. Mit demselben Haß wie der Gewerkschaftssekretär wird der gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, der Facharbeiter, ja der Tarifvertrag selbst bekämpft. Dem Gewerkschaftler wird vorgeworfen, daß er etwas in der Hand haben will, wenn er gearbeitet hat. Ihm antwortet Lampel, daß auch der reiche Bauer nicht wisse, ob er nicht sein Geld verliert, und fährt dann fort: „Du schaffst doch selbst an der neuen Welt, die kommt. Ist das etwa keine Verantwortung?“ (S. 68). Lampel meint mit der neuen Welt die Ergebnisse des Arbeitsdienstes und sagt dann: „Na also — und vergiß nicht: wichtig sind wir nicht. Wichtig allein sind die Resultate. Vollständig unwichtig aber ist das, was wir vielleicht dieser Resultate wegen selber zu überwinden hatten“ (S. 68). Mit solchem Geschwätz wird gegen ernsthafte Einwände angegangen.

Der Reichsbannerführer (das Reichsbanner gehört für Lampel in dieselbe Reihe wie Bürokratie und Gewerkschaften) berichtet vom Jugendlager des Reichsbanners: „Im Vordergrund stehen dort die Volkshochschullehrer und überhaupt die geistige Schulung.“ Er aber sagt: „Das ist nicht richtig. Ich habe gleich, als ich sah, was los war, antreten lassen und Sachenappell gemacht. Ich habe den Jungen gesagt: „Näh' dir erst mal den Knopf an — und du mach' dir deinen Flecken 'raus — und deine Mütze kannst du dir auch erst mal gründlich waschen — habt ihr das kapiert? Es muß euch doch Spaß machen, wenn ihr nicht verludert herumlauft.“ Und wie haben die Leute reagiert? Sie haben mir gesagt: „Wie es bisher war, wäre es verdammt langweilig gewesen.“ Da muß man ihnen eben ein Licht aufstecken, daß Freiheit nicht dasselbe ist wie salopp und schlampig“ (S. 279).

An einer anderen Stelle wird behauptet, daß in den sozialistischen Lagern zu wenig gearbeitet wird.

Lampel ist sehr erregt über einen Regierungsbaumeister, der mit ihm auf Besichtigungen fährt und feststellt, er könne mit Facharbeitern beim Wegebauen billiger wegkommen. Lampel will eben den Arbeitsdienst um der Form willen, und er begreift nicht einmal, daß in solchen Fällen der Arbeitsdienst nur regulär beschäftigten Arbeitern die Arbeit wegnimmt. An einer anderen Stelle wird behauptet, die unvorbereiteten Arbeitsfreiwilligen leisteten so viel, weil sie das, was ihnen durch Uebung fehle, durch geistige Arbeit ersetzten! Und das nach dem vorangegangenen Urteil über die geistige Arbeit! Das ganze Kapitel „Eine Stunde Arbeitsschulung“ (S. 205) zeigt, wie zugunsten eines romantischen Lebens die gelernte Arbeit unterschätzt wird. Der Unsinn, der in diesem Kapitel erzählt wird, stammt übrigens aus einem Lichtbildervortrag, den Dr.-Ing. Hans Riedel, Dozent an der Handelshochschule Leipzig, verfaßt hat.

Alle Schwierigkeiten, mit denen nach Lampel die Lagerführer zu kämpfen haben, stammen vom Arbeitsamt, von den Gewerkschaften oder von sozialdemokratischen Zeitungen. Der Kampf, den Lampel gegen Behörden, Gewerkschaften und Tarifvertrag führt, ist der Kampf gegen die staatliche Ordnung an sich.

Im Regierungsvertreter, im Gewerkschaftssekretär, im Sozialdemokraten, im Reichsbannermann, im organisierten Arbeiter hassen diese Leute den Versuch, Ordnung in die Gesellschaft zu bringen. Das ist der Kampf gegen das „System“, das ihrer Roheit und ihrem Abenteuerertum zuwider ist. Ihrer Roheit, ihrer Verworrenheit und ihrer Unfähigkeit zu etwas anderem als zu vagabondieren oder zu schippen, steht das „System“ entgegen.

Lampel und seine Leute stehen heute, wo sie im November 1918 standen. Sie können den Schützengraben nicht überwinden. Sie sind heute etwa 35 Jahre alt und waren ganz jung, als sie zur Kriegsausbildung eingezogen wurden, mit der Vorstellung, nun beginne ein neues Heldenleben. Das Kriegsende kam ihnen zu schnell, denn es hat sie um ihr Heldentum gebracht. Seitdem suchen sie nach einem Heldentum, teils im Baltikum, teils in Oberschlesien oder im Ruhrgebiet, später als schwarze Reichswehr und dann teilweise als SA. Auch der freiwillige Arbeitsdienst ist für sie die Möglichkeit, außerhalb der Gesellschaft ein Abenteuerleben zu führen, von dem sie sich selbst einreden können, es wäre ein Heldenleben. Weil sie nicht zur Erfüllung ihrer Sehnsucht kamen, als Offizier Muskoten zu führen, sind sie jetzt „Führer“ von Jugendlichen. Mit 35 Jahren sind sie immer noch „Jugend“. Sie bauen sich eine Welt auf, die Ihnen ermöglicht, das Landsknechtsleben, nach dem ihr Menschenherz sich sehnt, weiter zu führen. Das Schippen des freiwilligen Arbeitsdienstes erinnert sie an den Schützengraben. Mit aller Gewalt suchen sie diesem Dasein einen Sinn zu geben. „Sie haben ihren Spaten angesetzt auf dem lebensstrotzenden Urgrund dieser Muttererde und heben neues Leben aus und haben durch die stumme Tat den Paragraphen mitten durchgestoßen“ (S. 39). Solche Sprüche zeigen die Unwahrhaftigkeit ihrer Situation.

Ihre Politik entspricht diesem Dasein. Einer der sogenannten Führer im Boberhaus sagt folgendes zu seinen Leuten: „Macht euch darauf gefaßt, ihr werdet aufgerufen werden von euren Führern, ihr werdet über Nacht euch entschließen müssen. An eure Bünde werden Telegramme abschicken, Tagungen einzuberufen für die Rettung der Reichseinheit. Es geht um die Erhaltung des Aktionsraumes. Da sehen wir die jungen Führer längst. Wenn das die Staatsführer endlich unverblümt sagen könnten, wären wir vielleicht einen Schritt weiter.“ (Seite 273.) Dieses hemmungslose Geschwätz geht über Seiten weiter, sinnlos und immer in Opposition gegen alle gesetzliche Ordnung, mit dem Anspruch, daß dieses Abenteuererdasein besser sei als alles andere, daß Schippen mehr wert sei als jede andere Arbeit. Das Buch erinnert immer wieder an die Bücher von Ernst von Salomon: „Die Geächteten“ oder „Die Stadt“, die dieselben Verwirrungen derselben Generation mit demselben Anspruch, in diesem Geschwätz stecke eine neue Erkenntnis, vorgetragen. Diese Landsknechtsnaturen, die mit dem falschen Heldentum und dem Schützengraben nie zu Ende kommen, haben dieses ihr Vagabundieren auch betrieben während der Inflation, als es Ar-

beit gab. Heute aber können sie Jugendliche in ihrem Geist oder besser Ungeist erziehen, weil die Arbeitslosigkeit sie ihnen ausliefert. Das ist das, was die Öffentlichkeit angeht. Mit den Mitteln der Gesamtheit werden von Landsknechten Jugendliche erzogen. Darf das Geld der Reichsanstalt, das Arbeiter aufbringen, dafür ausgegeben werden, Heinz Hauenstein zum Jugendführer zu machen?

Aufgabe des Freiwilligen Arbeitsdienstes kann nur sein, die unbeschäftigten Jugendlichen durch Essen vor Hunger und Arbeit und Gemeinschaft vor Verzweiflung und Verwahrlosung zu bewahren. Die Gefahr der Lager, die Lampel schildert, und es ist gar kein Zweifel, daß es solcher sehr viele gibt, ist, daß die Jugendlichen dort erst recht asozial werden. In solchen Lagern werden die Gefahren der Arbeitslosigkeit, des sinnlosen Daseins, der sinnlosen Beschäftigung, des Lebens außerhalb der Wirtschaft und der Welt der wirtschaftlich Arbeitenden, außerhalb der eigenen Klasse nicht gemildert, sondern verschärft.

Wer die Aufsätze des bisherigen Leiters der Reichsanstalt und jetzigen Arbeitsministers Syrup liest oder seine Reden hört, erfährt nichts davon, daß er von diesen Gefahren etwas weiß, sondern nur, daß auch er einer verschwommenen Lagerromantik huldigt.

Daraus entsteht für uns die Aufgabe, Grenzen und Gefahren des Freiwilligen Arbeitsdienstes zu zeigen und durch Wort und Beispiel klarzumachen, wie der Freiwillige Arbeitsdienst organisatorisch und praktisch ausgestaltet werden muß, wenn er die unromantische Aufgabe erfüllen soll, durch Arbeit und Zusammenfassung soziale Erziehung zu leisten. Wir werden sehr bald an dieser Stelle darauf zurückkommen.

## AUS DER ARBEITERWOHLFAHRT

### Entschließung der Arbeiterwohlfahrt zum Geschlechtskrankengesetz.

Seit Monaten wird die deutsche Öffentlichkeit von Behördenvertretern, Organisationen und Einzelpersonen alarmiert mit der Behauptung, daß das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten dringend einer Abänderung bedürfe. Die Notwendigkeit zur Abänderung des Gesetzes wird in erster Linie damit begründet, daß eine wesentliche Verschlechterung des Straßenbildes zu bemerken sei und daß das Gesetz, vor allen Dingen der § 16,3, der Polizei keine Handhabe gebe, um die Jugend gegenüber der Gefährdung durch das Auftreten der Prostitution in der Öffentlichkeit zu schützen. Demgegenüber ist zu bemerken, daß eine allgemeine Verschlechterung des Straßenbildes auch von amtlichen Stellen bezweifelt wird. Soweit sie aber hier oder dort vorhanden ist, liegt ihre Ursache nicht im Gesetz, sondern in der Tatsache der Millionen-Arbeitslosigkeit, besonders auch unter den Frauen. Das Gesetz dagegen hat nicht das Straßenbild verschlechtert, sondern im Gegenteil, überhaupt erst die Mög-

lichkeit gegeben, den Quellen der Infektion nachzugehen und die Gefährdeten fürsorglich zu erfassen. Eine unbestrittene Tatsache ist die Verringerung der Geschlechtskrankheiten.

Gegenüber den Klagen von Polizeiverwaltungen, einzelnen Stadtverwaltungen und verschiedenen Vereinigungen, daß mit der bisherigen Fassung des § 16,3 des RGBG. durch voneinander abweichende Oberlandesgerichtsentscheidungen die Aufgaben der Polizei aus dem RGBG. nicht durchgeführt werden könnten, wird festgestellt, daß trotz mehrjähriger schwerster Not der Bevölkerung und trotz schwerster Gefährdung der Jugend durch Arbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit die Prostitution in erträglichen Grenzen gehalten worden ist und die Geschlechtskrankheiten, insbesondere die Syphilis, abgenommen haben (50 Proz., Präsident Dr. Hamel, RGA.).

Jede Verschärfung der Strafbestimmungen schafft nur die Gefahr einer neuen Reglementierung. Die Erfahrung hat gelehrt, daß dieses überlebte und unwirksame System sich allein gegen die Frau richtet und damit den Zustand der doppelten Moral schafft. Die Folge würde sein, daß ebenso wie früher die Prostitution in Bordellen oder bordellähnlichen Betrieben Unterschlupf suchen. Ein solches System ist geeignet, die Geschlechtskrankheiten zu neuer und gefährlicher Verbreitung zu bringen und damit die Jugend, die Familie und die Zukunft des Volkes zu vergiften sowie die Erfassung gefährlichster Infektionsquellen und die frühzeitige Erfassung Geschlechtskranker zu unterbinden.

Das RGBG. soll kein Polizeigesetz, sondern ein Fürsorgegesetz sein. Seine Wirksamkeit ist nur zu erreichen durch Beibehaltung und Ausbau eines ausreichenden Fürsorgeapparates (Gesundheitsbehörde, Pflegeamt, weibliche Polizei, Beratungsstellen und Sicherstellung der Behandlung). Es ist festzustellen, daß überall da, wo die sich aus dem Gesetz bietenden Möglichkeiten zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und des gemeingefährlichen Charakters der Prostitution ausgenutzt worden sind und ein Zusammenarbeiten der beteiligten Behörden (Gesundheitsbehörde, Gesundheitsamt, Jugendamt, Pflegeamt, Polizei) durchgeführt wurden, hervorragende Erfolge erzielt worden sind. Die Polizei hat aus dem RGBG. ausreichende Möglichkeiten zur Wahrung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit und, soweit sie von der Gesundheitsbehörde besondere Aufträge erhält, auch Möglichkeiten, zum Schutz jugendlicher Gefährdeter durchgreifende Maßnahmen durchzuführen. Vielerorts hat sie jedoch von diesen Möglichkeiten noch keinen oder nur unzureichenden Gebrauch gemacht. Das kann für uns aber kein Grund sein, den Forderungen auf Verschärfung der Strafbestimmungen des § 16,3 zuzustimmen, da die verlangte Bestrafung jeden „öffentlichen Anbietens oder Aufforderns zur Unzucht“ zur Reglementierung oder zu Uebergreifen der Polizei, wie wir sie in Deutschland unter der früheren Regelung erlebt haben, führen würde.

Aus den vorstehenden Erwägungen lehnt der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V. eine Aenderung der durch das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten getroffenen Regelung im gegenwärtigen Augenblick mit aller Entschiedenheit ab. Er kann unter keinen Umständen der Regierung das Recht zugestehen, eine solche Aenderung mit Hilfe des Artikels 48 vorzunehmen. Aber auch für eine gesetzliche Aenderung ist der gegenwärtige Augenblick mit seinen vollkommen

abnormen wirtschaftlichen Verhältnissen ungeeignet. Eine Verschärfung der Strafbestimmungen würde lediglich die Opfer der Wirtschaftskrise treffen, vielleicht auch die Prostitution etwas unsichtbar machen. Die Ursachen und damit die Tatsache der Prostitution aber würde nicht verringert werden; sie würden sich vielmehr um so gemeingefährlicher gestalten.

## Mitteilungen.

### Henny Lehmann 70 Jahre alt.

Der Name Henny Lehmann hat in den Kreisen der Arbeiterwohl- fahrt und darüber hinaus in den Kreisen aller sozial Interessierten guten Klang. Mit rechter Freude nehmen wir den 70. Geburtstag der Jubilarin am 10. Oktober 1932 zum Anlaß, um an dieser Stelle über die Lebensarbeit dieser warm- herzigen, klugen und auch heute noch unermüdlich tätigen Frau zu schreiben.

Kurz vor der Jahrhundertwende begann Henny Lehmanns wohl- fahrtspflegerische Tätigkeit. Ver- anlaßt durch ein Erlebnis mit einer in ihrem Hause tätigen Frau, bemühte sie sich, Freunde und Gönner für die Schaffung eines Heimes zu finden, das Frauen, die nach der Entbindung oder nach Entlassung aus dem Krankenhaus schonungsbedürftig waren, aufnehmen sollte. Der Plan gelang überraschend gut; als Alexandrinenpflegehaus besteht diese Gründung noch heute. Eine Kinderkrippe und ein Erholungs- heim für Frauen und Kinder in Warnemünde waren die nächsten Schöpfungen, die unter der Ini- tiative von Henny Lehmann ent- standen. In Göttingen lag dann die praktische Durchführung der Kriegs- fürsorge zu einem großen Teil in ihrer Hand; für das Kriegsamt

Hannover übernahm sie die Kon- trolle über Fabriken, in denen Ar- beiterinnen beschäftigt wurden.

Von 1919 bis 1922 war Henny Lehmann sozialdemokratische Stadt- verordnete in Göttingen. Nach der Uebersiedlung nach Weimar hat dann die inzwischen Sechzig- jährige sich sofort wieder ein Arbeitsfeld geschaffen. Sie über- nahm die Leitung des Ortsaus- schusses für Arbeiterwohlfahrt, welches Amt sie immer noch mit Erfolg inne hat. Durch ihre Mitarbeit in der sozialistischen Zeitschriftenliteratur ist Henny Lehmann weiten Kreisen der so- zialdemokratischen Frauen gut be- kannt.

Henny Lehmann blickt auf ein Leben zurück, das reich war an menschlichem Erleben und an Arbeit. Temperamentvoll, oft eigen- willig und nicht immer bequem für ihre Umwelt, hat sie überall, wo sie war, gearbeitet und Werte geschaffen, die ihr Liebe und Ver- ehrung eingetragen haben.

Unser aufrichtiger Wunsch ist es, daß die Jubilarin noch sehr lange in unverminderter geistiger und körperlicher Frische für unsere Sache wirken kann und daß ihr Lebensabend sich heiter und freundlich gestalten möge.

L. Le.

## ZEITSCHRIFTENSCHAU

### Eine gesundheits- und wohlfahrtspolitische Korrespondenz.

Anfang 1933 erscheint eine neue Wochenkorrespondenz, die der raschen Information und der grundsätzlichen Klärung auf den Gebieten der Wohlfahrtspflege, des Gesundheitswesens und der Lebensreform dient. Herausgeber ist der Dresdner Sozialhygieniker Dr. Freund. Die Korrespondenz kommt in zwei Ausgaben als Presse- und Informationsdienst heraus. Hinter ihr steht ein namhafter Mitarbeiterstab. Die plan-

mäßige Zusammenarbeit der der freien Arbeiterbewegung zugehörigen und nahestehenden Fachleute, Parlamentarier, Aerzte, Sozialarbeiter, soll durch die Korrespondenz organisiert werden. Den freien Fachorganisationen und Selbsthilfeverbänden soll mit der Korrespondenz ein spezielles Organ der Gesundheits- und Fürsorgefragen gegeben werden, das sie auf schnellstem Wege mit der Öffentlichkeit und den Nachbarorganisationen in Verbindung setzt und hält.

Schriftleitung: Ge-wo-ko, Dresden-A 19, Hepkepl. 101.

## BUCHERSCHAU

**Sozialdemokratischer Abreißkalender für das Jahr 1933.** Preis 1,75 Mk.

Dieser recht vielseitige Kalender vermittelt neben den wichtigsten Ereignissen aus der Parteilsgeschichte und der Gewerkschaftsbewegung Zahlen und Statistiken aus den verschiedensten Wissensgebieten. Die bis in die letzte Zeit ergänzten historischen Daten geben jedem Tag seine Erinnerung. Scharfgefaßte-Sentenzen und gute Kupfertiefdruckbilder geben dem Kalender eine besondere Note. Er ist durch die Vorwärts Buchdruckerei und alle Parteibuchhandlungen zu beziehen.

**Kinderland 1933.** Das Jahrbuch für Kinder in Stadt und Land. Herausgegeben von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinder-

freunde, Berlin. 111 Seiten, Preis 1 Mk.

Der Kalender wird auch in diesem Jahr den Arbeiterkindern viel Freude bringen. Es ist das einzige sozialistische Jahr- und Orientierungsbuch für Kinder, das ihnen zum Verständnis für den Kampf der sozialistischen Bewegung hilft. Die Mitarbeit der Kinder an dem Kalender beweist, wie sehr sie an ihrem Jahrbuch beteiligt sind. Die Beiträge sind der Wirklichkeit entnommen und dienen wiederum der Entfaltung sozialistischer Grundsätze. Das Büchlein ist von einer solchen Lebendigkeit und Frische, das ihm weiteste Verbreitung zu wünschen ist.

**Verzeichnis der Wintersport-Jugendherbergen.** Ausgabe Winter 1932/33. Herausgegeben vom

Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen, Hilchenbach. 94 Seiten. Preis 10 Pf.

Die Herausgabe eines besonderen Verzeichnisses für Winter-sport-Jugendherbergen ist besonders zu begrüßen. Es enthält allgemeine Beiträge über das Winterwandern, Ratschläge und Angaben über Höhenlage der Jugendherbergen und ihre Einrichtungen. Der Preis von nur 10 Pfennig ermöglicht jedem Winterwanderer die Anschaffung dieses Heftleins.

Jugendjahrbüchlein „Freudenhorn“, Schülerjahrbüchlein „Ränzlein“ und Kinderjahrbüchlein „Heinzelmann“, alle 48 Seiten mit buntem Umschlag, je 10 Pf.

Deutsches Wandern 1933. Bild-jahrweiser des Reichsverbandes für Deutsche Jugendherbergen, Hilchenbach. Preis 1,80 Mk.

Dieser Jahrweiser bringt eine große Anzahl schönster Landschafts- und Wanderbilder in vielfarbigem Kupfertiefdruck, die in dem Beschauer Beifall und Freude am Wandern durch die deutsche Heimat wecken. Er verdient in seiner hübschen Ausstattung eine gute Empfehlung.

Erlebtes und Erstrebtes. Erinnerungen eines sozialistischen Arztes. Alfred Grotjahn. 1932. Kommissionsverlag F. A. Herbig G. m. b. H., Berlin. 284 S. Preis: In Leinen gebunden 6 Mk.

Am 4. September 1931 schied nach kurzer Krankheit aus einem besonders schaffensreichen Leben der Bahnbrecher der sozialen Hygiene Alfred Grotjahn. Einige Wochen nach seinem Tode sind seine „Erinnerungen eines sozialistischen Arztes“ erschienen. Mit 58 Jahren, im Jahre 1927, hatte Grotjahn sein Buch zuerst niedergeschrieben, um es in den letzten

Jahren stets weiter zu ergänzen. Mancher Zeitgenosse findet sich darin wieder. Für die „Uebergangenen“ gilt der Gesichtspunkt von Grotjahn: „in Memoiren braucht nicht alles, was man erlebt hat, restlos erzählt zu werden, wohl aber muß wahr sein, alles was erzählt wird.“ Das Buch von Grotjahn ist ein großartiges menschliches Dokument. Es schildert nicht nur ein Stück der Zeitgeschichte, der Politik und der Entwicklung der sozialen Hygiene, sondern auch die heftigen inneren und äußeren Kämpfe des Gelehrten, des Ethikers und Sozialisten Grotjahn. „Warum muß es Reiche und Arme, warum Entbehrende und Uebersättigte geben“, fragt sich Grotjahn schon als Schüler. Diese quälende Frage ist das Leitmotiv seiner Studien und seiner Forschung und das Streben nach ihrer Beantwortung seine Lebensaufgabe. Dieses Problem wird auch richtungsgebend für die Entstehung und Entwicklung der sozialen Hygiene, die erst durch G. dazu wurde, was sie heute ist. Schon als ganz junger Student wurde G. Sozialist. „Es war“, so schreibt er, „damals nicht ungefährlich, trotz Aufhebens des Sozialistengesetzes, Sozialist zu sein.“ Damals hörte er zum ersten Male August Bebel. „Einen solchen Volksredner hat Deutschland nach Luther wohl kaum jemals hervorgebracht. Ich habe wenigstens keinen ihm auch nur annähernd gleichen jemals wieder gehört“, sagte er begeistert. Auch mit Ledebour, Wilhelm Liebknecht, Bruno Schönland kam er oft und während seiner Universitätsstudien zusammen. Lebendig und außerordentlich interessant schildert er seine Begegnung mit Karl Liebknecht, der damals als Einjährig-Freiwilliger im Pionierbataillon diente und zum Geburtstage Wil-

helm II. den Fridericus Rex in lebenden Bildern darstellen mußte. (II) Nach der Beendigung des medizinischen Studiums ließ sich Grotjahn als praktischer Arzt in Berlin nieder. Seine Praxis wuchs von Tag zu Tag, was ihn nicht hinderte, jede freie Minute sich ärztlich, wissenschaftlich, volkswirtschaftlich fortzubilden, zu schreiben und seinen originellen, vielfach geradezu genialen Gedankengängen mit der ihm eigenen Intensität nachzugehen. An äußeren Erlebnissen ist sein Leben, wie er sagt, arm gewesen. Es bestand nur aus Mühe und Arbeit und qualvollem Ringen mit Problemen, mit dem plötzlichen oder allmählichen Konzipieren einer Idee, mit dem Austragen bis zu ihrer Geburt mit allen Qualen des Schaffens. Seine Lebensbahn hat viele Kreise, wenn auch nicht durchschnitten, so doch berührt, und, interessiert und begeisterungsfähig wie er bis zuletzt war, hatte er „oft Gelegenheit gehabt als unbeteiligter Zuschauer in den Tanzsaal zu blicken, in dem die Zeitgenossen sich drehten.“ Daß so ein Zuschauer offene Augen dabei hatte, alles erfaßte, umfaßte und kritisch beleuchtete, ist ja selbstverständlich. Aber von welchem zarten Gefühl zeugen verschiedene Bemerkungen, die in diesem einzigartigen Buche zerstreut sind! Wie muß dieser bescheidene, stille Mann nicht allein umfassend gedacht, sondern auch tief und fein empfunden haben. Von welcher heißen Liebe zu seiner Heimat und zum Vaterland ist er stets beseelt gewesen! Ein Freigeist, der alles niederwirft, was die Menschen trennt, ein Pazifist und glühender Patriot zugleich! Und von diesem Gesichtspunkte schmerzte ihn ganz besonders, daß der Geburtenrückgang in Deutschland eine beträchtliche Höhe erreicht hatte.

Er ist als erster in Büchern und Vorträgen für die Rationalisierung der Fortpflanzung und Geburtenregelung vor Jahren eingetreten. Er sorgte sich aber zu gleicher Zeit um die Zukunft der deutschen Kultur, um ihre Bedrohung durch Völker, die eine weit höhere Geburtenziffer aufzuweisen haben. Seine Gesinnungsfreunde haben ihn hier vielfach nicht verstanden, ihn heftig angegriffen und ihm viel Schmerz bereitet. Auch als er nicht die Abschaffung, sondern zum Schutze der Frau in ihrer Eigenschaft als Mutter die Aenderung des § 218 forderte, waren die große Masse, auch Gesinnungsfreunde enttäuscht und konnten seinen Argumenten nicht folgen. Dieses Nichtverstehen in Fragen, für die er als Pionier unablässig gekämpft hatte, verursachten G. viele bittere Stunden, ohne seine Kampfkraft und Kampflust zu lähmen. Wenn die Beziehungen zu der Partei bei Grotjahn nicht immer gleichmäßig geblieben sind, so ist er dem Sozialismus als solcher immer treu geblieben. Sein Sozialismus ist nicht aus dem Klassenhaß geboren, sondern aus einer Gesinnung entsprungen, die das Elend der Welt nicht ansehen kann, und von der Ueberzeugung getragen, daß dieses Elend bei der gegenwärtig erreichten Beherrschung der Naturkräfte nicht mehr notwendig, sondern durch eine fehlerhafte Gesellschaftsordnung bedingt ist. Diesem Sozialismus aus Glaube, Liebe und Hoffnung ist er immer treu geblieben. Das alles, aber noch unendlich viel mehr, steht in diesem wundervollen letzten Buch des Meisters, formvollendet, vielfach ergreifend, von einem Philosophen, Ethiker, großen Menschenfreund und wahren Sozialisten geschrieben.

Dr. Alice Goldmann-Vollnhals.